



PANORAMA

Schwerpunkt: Europäische Regionalpolitik und Stadtentwicklung

FRÜHLING 2020 / Nr. 72

Ungarn sieht einer besseren Zukunft entgegen

KOMMISSARIN
FERREIRA STÄRKT
DIE REGIONEN



INTERREG:
GRENZÜBER-
SCHREITENDE
ZUSAMMENARBEIT



PANORAMA

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL: Elisa Ferreira, EU-Kommissarin für Kohäsionspolitik und Reformen.....	3
INTERVIEW: Kommissarin Ferreira spricht über ihre Ziele in ihrer anspruchsvollen neuen Funktion	4
ERFOLGE IN DEN REGIONEN: Ein Blick auf 34 regionale Kommunikationskampagnen ...	8
DATENPUNKT: Bewertungen der Kohäsionspolitik zeigen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten.....	10
INTERREG: Ein Grund zum Feiern – 30 Jahre grenzüberschreitende Zusammenarbeit.....	12
INTERVIEW: Kostas Raftopoulos erläutert die Bedeutung des vorzeitigen Aufbaus von Verwaltungskapazitäten	20
REGIONALE AUFHOLINITIATIVE: Strategien und politische Maßnahmen, die rückständige Regionen der EU voranbringen.....	22
YOUTH4REGIONS: Eine junge Journalistin berichtet von ihrem kürzlichen Besuch beim CITIES-Forum in Porto	26
UNGARN: Ambitionierte Pläne zur Investition in eine intelligenterere, wettbewerbsfähigere und nachhaltigere Zukunft.....	28
ESI-FONDS: Finanzinstrumente verdoppeln Investitionen in Projekte.....	36
NACHRICHTEN IN KÜRZE	37
HIT: Neue Interreg-Instrumente gewährleisten einen harmonisierten Ansatz für die effiziente Programmdurchführung	38
EU-DATATHON 2020: Bewerben Sie sich jetzt für die Teilnahme am Wettbewerb und gewinnen Sie einen Teil des Preisgelds in Höhe von 100000 EUR.....	41
MIT EIGENEN WORTEN: Kooperation im Ostseeraum zur Förderung der Zusammenarbeit und zukunftsweisender Aktivitäten.....	42
PROJEKTE: Profile erfolgreicher Projekte aus der Tschechischen Republik, Deutschland, Estland Kroatien und Serbien	43



4



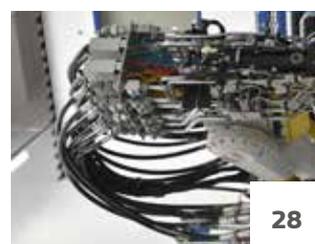
12



23



26



28



44

EDITORIAL

**Zusammenhalt trotz sozialer Distanzierung:
Das ist Kohäsion, das ist Europa**

Europa – und die ganze Welt – befinden sich inmitten der schlimmsten Krise seit Menschengedenken. Sie bedroht unsere Gesundheit und die der Menschen, die uns nahestehen. Bedroht sind zugleich auch unsere Wirtschaft, unsere Kohäsion und unser Wille, als Europäerinnen und Europäer zur Bewältigung dieser Krise zusammenzuarbeiten.

Um es ganz klar auszudrücken: Die Kohäsionspolitik muss diese Herausforderung annehmen. Hier ist unmittelbares Handeln gefragt: Wir können uns nicht hinter Prozessen und Verfahren verstecken, während unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in Europa sterben.

Ich kann mit Stolz sagen, dass wir uns dieser Herausforderung mit Kräften stellen. Die Europäische Kommission hat mit der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise (CRII) ein Paket von Sofortmaßnahmen vorbereitet, das bereits vom Rat wie auch vom Europäischen Parlament genehmigt wurde – all dies binnen nur drei Wochen.

In der Tat wurde die CRII in noch nie dagewesener Rekordzeit vorbereitet und verabschiedet. Doch wenden wir uns den Maßnahmen selbst zu, die wirklich bahnbrechend sind. Sie bewirken die sofortige Freigabe nicht in Anspruch genommener Mittel aus den Strukturfonds (wie etwa die diesjährige Vorfinanzierung). Die Gelder sind jetzt für die drei Bereiche verfügbar, in denen dringender Bedarf besteht: lebensrettende medizinische Ausrüstung, die Unterstützung von KMU zur Aufrechterhaltung des Betriebs sowie die Unterstützung von Werkstätigen zur Sicherstellung der Löhne und Gehälter. Darüber hinaus wurde der Anwendungsbereich des Solidaritätsfonds auf Gesundheitskrisen ausgeweitet.

Diese Maßnahmen sind bereits in Kraft getreten. Eine eigens eingerichtete neue Arbeitsgruppe sowie einzelne Länderteams unterstützen die Mitgliedstaaten aktiv bei der Umsetzung. Ich bitte alle Kohäsionsprogramme nachdrücklich darum, diese Hilfen umgehend und maximal zu nutzen.

Wir ruhen uns jedoch keineswegs auf unseren Lorbeeren aus. Nach Anhörung des Europäischen Parlaments sowie der nationalen und regionalen Behörden schlug die Kommission am 2. April ein neues Maßnahmenpaket in Form der Investitionsinitiative CRII+ vor. Es ermöglicht größtmögliche Flexibilität durch Übertragungen zwischen allen Kohäsionsfonds, zwischen Regionen und politischen Zielen. Um den Weg zu einer zügigen Umsetzung zu ebnen, erlauben wir einen EU-Kofinanzierungssatz von 100% und treffen Vorbereitungen für eine weitestmögliche administrative Vereinfachung.



Wir leben in beispiellosen Krisenzeiten, die eine beispiellose Reaktion erforderlich machen. Auch wenn die Aufgabe gewaltig erscheint, so stimmt mich die Geschichte der Kohäsionspolitik doch zuversichtlich. Der Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wurde als Antwort auf die Ölkrise und die Belastungen infolge von Insolvenzen, rückläufiger industrieller Entwicklung und Arbeitslosigkeit ins Leben gerufen. Damals begegneten wir dieser Herausforderung durch Kohäsionspolitik – und heute können wir dies wieder tun.

Dies ist der Moment, der in jeder Generation nur einmal vorkommt. Dank Ihrer fachlichen Ausbildung und Erfahrung sind wir darauf vorbereitet. Zeigen wir also Europa und der Welt, was Kohäsionspolitik leisten kann. Nutzen wir jeden innerhalb der Kohäsionspolitik verfügbaren Euro, um Positives zu bewirken, die Krise jetzt unter Kontrolle zu bringen und die Erholung im Laufe der kommenden Jahre zu unterstützen. Verdeutlichen wir, was es heißt, Europäerin oder Europäer zu sein: Kein Mensch und keine Region darf ins Hintertreffen geraten, unabhängig von der Krise.

Wir werden uns auch wieder persönlich begegnen – wie ich hoffe, recht bald. In der Zwischenzeit wünsche ich Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit – die ohne jeden Zweifel unverzichtbar ist. Vor allem möchte ich Ihnen diesen Wunsch mit auf den Weg geben: Passen Sie gut auf sich auf und bleiben Sie und Ihre Lieben gesund! ■

Elisa Ferreira

EU-Kommissarin für Kohäsionspolitik und Reformen



INTERVIEW MIT DER KOMMISSARIN

Rückkehr zu ihren Wurzeln in der Regionalentwicklung

Kommissarin Ferreira spricht mit Simon Litton, dem Herausgeber von Panorama, über ihr neues Amt in der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung

Nach fast vier Jahren bei der portugiesischen Zentralbank Banco de Portugal – und im Aufsichtsgremium der EZB – widmet sich die neue Kommissarin für Kohäsionspolitik und Reformen Elisa Ferreira wieder ihren ursprünglichen Anliegen: Entwicklungsprojekten und der persönlichen Begegnung mit den Menschen, deren Leben diese Projekte verändern sollen.

Wie haben Sie reagiert, als man Sie als Kommissarin für Kohäsionspolitik und Reformen vorschlug?

Ich habe mich gefreut, denn nachdem ich zwischenzeitlich vielfältige Positionen innehatte, fühlte es sich wie eine Rückkehr in vertraute Gefilde an, zu etwas, was mir

sehr am Herzen lag. Meine berufliche Laufbahn begann im akademischen Bereich und im öffentlichen Dienst, wo ich mich mit Fragen der regionalen Entwicklung befasste. Von 1988 bis 1992 arbeitete ich in einer staatlichen Stelle in einer der Regionen – als Vizepräsidentin der portugiesischen Koordinationskommission für die nördliche Region. Später wurde ich Ministerin für Umwelt und anschließend Ministerin für Planung. Alle diese Themen liegen mir besonders am Herzen.

War eine gewisse Einarbeitungszeit nötig oder konnten Sie direkt aus dem Stand mit der Aufgabe beginnen?

Nicht ganz, denn ich hatte mich ja schon längere Zeit nicht mehr mit dem Thema beschäftigt. Ich war von 2002 bis 2004 Mitglied des portugiesischen Parlaments und gehörte von 2004 bis 2016 dem Europäischen Parlament als Abgeordnete an. Ab 2016 fungierte ich als Vorstands-

mitglied und später als Vizegouverneurin der portugiesischen Zentralbank. Ich hatte beruflich also zunächst in der Gesetzgebung und dann in der Bankenaufsicht Fuß gefasst – beides weitaus trockenere, abstraktere Fachgebiete, bei denen es um Vorschriften und nicht um die Menschen oder Entwicklungen vor Ort geht.

Ich verschaffe mir gern selbst einen Eindruck davon, was vor Ort geschieht, um ein besseres Verständnis zu gewinnen und etwas verändern zu können. Im Bereich der Regionalentwicklung, Kohäsionspolitik und Reformen kann ich praxisnah handeln und bin von den Konsequenzen dessen, was wir tun, nicht so losgelöst. Ich sehe gern, was wir mit unserer Arbeit bewirken.

Die Themen sind heute anders, dennoch erkenne ich eine kontinuierliche Linie von der Zeit, in der dies mein Haupttätigkeit war, bis heute.

“ ... die Kohäsionspolitik als selbstverständlich hinzunehmen, wäre ein großer Fehler. Sie ist für das Funktionieren des Binnenmarkts und des gesamten Modells, das wir geschaffen haben, von absolut grundlegender Bedeutung. ”

Sie treten diesen Posten in schwierigen Zeiten vor dem Hintergrund andauernder Haushaltsverhandlungen an, die sich durch den Brexit noch schwieriger gestalten. Müssen sich Interessengruppen berechnete Sorgen darüber machen, dass die Zukunft der Kohäsionspolitik bedroht sein könnte?

Ja, solche Sorgen sind in der Tat berechtigt, denn die Kohäsionspolitik als selbstverständlich hinzunehmen, wäre ein großer Fehler. Sie ist für das Funktionieren des Binnenmarkts und des gesamten Modells, das wir geschaffen haben, von absolut grundlegender Bedeutung. Dieses Modell stützt sich auf einen offenen Wettbewerb. Wenn sich schwache mit den am weitesten entwickelten Regionen im Wettbewerb behaupten müssen, ohne dass es irgendwelche Beschränkungen wie etwa Handelsschranken gibt, ohne die Möglichkeit der Währungsabwertung oder Mechanismen zu ihrem eigenen Schutz, wie es ja vor Gründung der EU der Fall war, dann haben wir einen offenen Wettbewerb, dann gewinnt immer der Stärkere. Das Wesen dieses Projekts besteht folglich darin, dass Wettbewerb zwar die Regel darstellt, aber zugleich Unterstützung geboten wird, um die Konvergenz der schwächsten Partner zu fördern.

Diese Grundsätze werden nun infrage gestellt. Es wird eine unerquickliche Debatte darüber geführt, wer in Bezug auf gerade einmal 1 % des Gesamtvermögens profitiert und wer nicht. Wir kommunizieren gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht, wie viel jedes Land durch seine Teilhabe an diesem gemeinsamen Projekt gewinnt, beispielsweise indem es mit allen anderen Partnern Handel betreiben kann und in einer kom-

plizierten globalisierten Welt eine Mitsprachemöglichkeit hat. Wir denken nicht daran, die wirtschaftlichen Vorteile dieses Projekts ausreichend zu erklären.

Ein Haushalt ist laut Definition ein Mechanismus zur Umverteilung. Dies ist für das Funktionieren jeder Gesellschaft ein ganz wesentlicher Punkt. Der Haushalt ist kein Instrument, bei dem jeder genau das erhält, was er dazu beiträgt. Wir müssen die Daseinsberechtigung, also den Grund, warum wir diese Mechanismen haben, besser kommunizieren, und deutlicher klarstellen, wofür wir sie einsetzen.

Nachdem man mich in diese Position berufen hatte, fragte ich bei den Dienststellen der GD REGIO an, auf welchen Zahlenwert sich der Betrag im Verhältnis zu allen von uns verwalteten Fonds beläuft. Der Wert, der mir genannt wurde, war 0,86 %. Dies entspricht so gar nicht den allgemein verbreiteten

Vorstellungen, die dadurch genährt werden, dass die Medien das Thema Betrug besonders betonen.

Fraglos muss Betrug strengstens geahndet werden, jedoch sollten wir auch seine relative Bedeutung nicht unerwähnt lassen und uns verstärkt auf die restlichen 99 % konzentrieren, wenn wir über das Thema reden. Ich bin der Auffassung, dass wir bei unseren Diskussionen nicht den größeren Zusammenhang aus den Augen verlieren dürfen, sei es beim Haushalt oder bei der Dimension des Betrugs. Wir sollten sehr vorsichtig sein, nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten, und es vermeiden, uns in Randthemen zu verzetteln, wenn wir eigentlich über das Kernthema sprechen sollten.



Kommisarin Ferreira mit dem portugiesischen Premierminister António Costa (links) und Johannes Hahn, Kommissar für Haushalt, auf dem Gipfeltreffen der „Freunde der Kohäsionspolitik“ am 1. Februar 2020 in Beja, Portugal



Die Brücke, die über den Grenzfluss Miño/Minho führt, verbindet Tui in Spanien mit Valença do Minho in Portugal

Präsidentin Ursula von der Leyen kündigte beim Amtsantritt der neuen Kommission einige übergeordnete Ziele an, allen voran den Grünen Deal und die Strategie für ein digitales Europa. Auf welche Weise wird die Kohäsionspolitik zur Erreichung dieser Ziele beitragen?

Es geht hier um eine äußerst wichtige Zielsetzung und ein neues Wachstumsmodell für Europa. Bei den Instrumenten, über die wir verfügen, handelt es sich hauptsächlich um Kohäsionsfonds, also die „alten“ Fonds zur Förderung der Konvergenz. Tatsächlich erfüllt die Kohäsionspolitik bereits diese Ziele und wird dies auch weiterhin tun – und zwar durch die Projekte, die von Begünstigten, Regionen und Gemeinden vorgeschlagen werden.

Wenn ein Nahverkehrssystem eingerichtet werden soll, dann geht das nicht auf der Grundlage einer umweltschädlichen, veralteten Technologie, selbst wenn es sich um eine sehr rückständige Region handelt.

Wenn man KMU unterstützen will, muss der Blick dabei auf die Zukunft gerichtet sein, auf digitale Formen der Unterstützung. Es wurden bereits 20 Mrd. EUR für digitale Projekte verwendet, etwa die Versorgung der abgelegensten Regionen mit Breitbandanschlüssen, um die Unter-

schiede bei der Wettbewerbsfähigkeit zwischen diesen Regionen und den großen Zentren zu überbrücken.

Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, wie diese beiden Ziele – grüne und digitale Vorhaben – bereits in den bestehenden Finanzrahmen einbezogen sind. Im nächsten Rahmen werden sie aber noch einmal verstärkt berücksichtigt; die Kommission hat bereits den Vorschlag zur Zweckbindung von Mitteln für solche Projekte gemacht. Unser Anliegen ist, dass die schwächsten Partner, seien es bestimmte Personen, Werk tätige, KMU, Gemeinden oder Regionen, in Bezug auf die Technologie und die erforderliche größere Effizienz nicht zurückbleiben. Dafür müssen sie umweltgerecht ausgerichtet sein.

Wir legen zudem ein besonderes Augenmerk auf die Regionen, die sich im Übergang zu einer Wirtschaft ohne CO₂ befinden oder eine umweltfreundlichere Strategie verfolgen. Einige davon sind beinahe vollständig von Arbeitsplätzen und Aktivitäten abhängig, die mit CO₂-intensiven oder -ausstoßenden Industriezweigen zusammenhängen. Diese Regionen erhalten über den Zugang zu regionalen und sozialen Fördermitteln hinaus zusätzliche Hilfe durch den „Fonds für einen gerechten Übergang“, der in diesen besonderen, gravierenden Fällen Unterstützung bietet.

In der frühen Phase Ihrer Laufbahn wirkten Sie an der Durchführung eines Interreg-Projekts in Portugal mit, konnten also direkt vor Ort Erfahrungen sammeln. Wie sehen Sie Ihre Beziehung als Kommissarin zu den verschiedenen Akteuren auf verschiedenen Ebenen?

Als Vizepräsidentin der portugiesischen Koordinationskommission für die nördliche Region war ich an einem der ersten durch Interreg finanzierten und unterstützten Kooperationsprojekte beteiligt. Das Projekt bezog sich auf Nordportugal, eine Region mit rund 3,8 Mio. Einwohnern, sowie Galicien in Spanien, das etwa gleich groß ist.

Beide waren damals – und sind auch heute noch – sehr junge entlegene Regionen mit vielen KMU sowie einer großen Zahl ausgesprochen engagierter Menschen. Es trennte sie jedoch eine künstliche Grenze. Das war die Situation vor EU-Zeiten – und mit dem Beitritt änderte sich vieles, zunächst einmal die Beziehung zwischen den beiden Ländern und den beiden Regionen, sodass wir nun eine Zusammenarbeit mit der Xunta de Galicia, der Regierung der autonomen Region, aufnahmen.

Alles sprach ganz klar für eine Kooperation. Wir begannen mit der Infrastruktur, Brücken, Straßen und der Umwelt.

Ich bin sehr glücklich darüber, dass Grenzen nun Orte sind, an denen Projekte, Kommunikation und vielerlei Aktivitäten stattfinden. Natürlich ist es meiner Ansicht nach erforderlich, hier etwas zu straffen, da wir viele Kooperationsprojekte und -programme haben. Daher müssen wir selektiver vorgehen. Es ist jedoch ein wunderbarer Erfolg, dass Menschen, die in Nachbarschaft zueinander leben, sich jetzt als Mitbürgerinnen und Mitbürger betrachten und nicht mehr als Fremde. Sie kennen einander und können miteinander interagieren. Das macht für mich das Wesen Europas aus.

Können Sie uns etwas mehr über Ihre Erfahrungen und Pläne zum Besuch von Projekten sagen und ganz allgemein über die Bedeutung der Kommunikation für diese Politik?

Ich möchte Projekte besuchen und mir alles vor Ort anschauen. Die Orte sind verschieden, aber es gibt viele positive Ergebnisse, die wir austauschen können. Es macht einen großen Unterschied, einen Ort tatsächlich zu besuchen, anstatt nur eine Beschreibung in einem Buch zu lesen, und darüber hinaus die

Energie der Menschen, mit denen man ins Gespräch kommt, zu sehen und zu spüren – ganz im Sinne des Gedankens, dass Entwicklung von der Basis ausgehen und von oben unterstützt werden muss. Es ist notwendig, mit den Interessengruppen zu sprechen, sie zu treffen und zu verstehen, um ihnen bei der Festlegung der Entwicklungsziele zu helfen.

Priorität hatten für mich zunächst meine Besuche in Schlesien und Griechenland sowie im Osten Deutschlands, es stehen jedoch viele weitere Regionen auf meinem Programm. Es ist mir ein wichtiges Anliegen und für mich von großem Interesse, mit den Menschen zu sprechen, herauszufinden, welche neue Vision sie haben und wie wir sie beim Übergang zu einer CO₂-freien Wirtschaft unterstützen können.

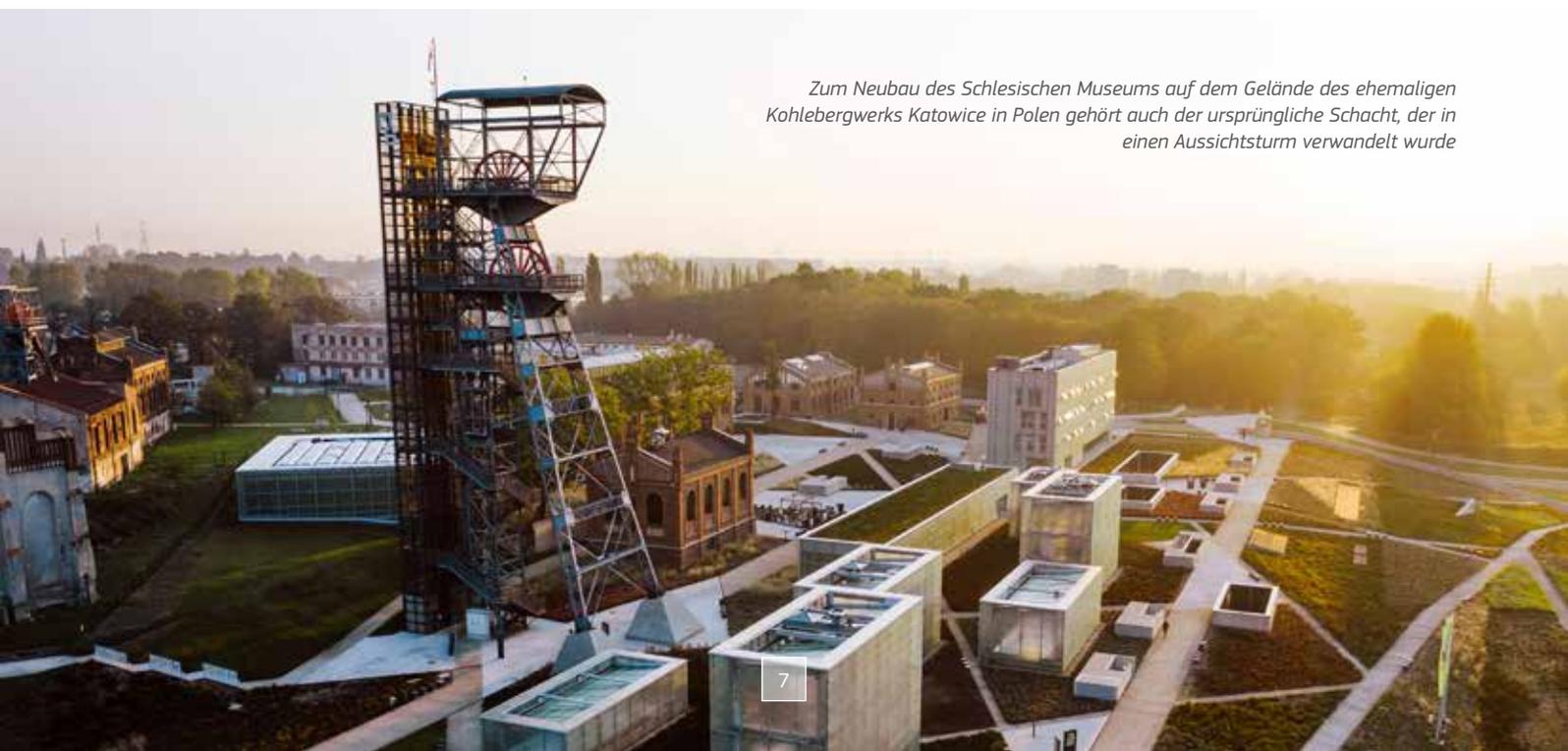
Natürlich gibt es dafür auch finanzielle Hilfen. Wir haben gemäß dem Vorschlag der Kommission zusätzliche Mittel in Höhe von 7,5 Mrd. EUR ausgehandelt, um diese Übergangsmaßnahmen zu fördern. Diese Mittel werden mit anderen Instrumenten in einem potenziell 100 Mrd. EUR umfassenden Investitionsrahmen zusammengeführt, dessen vorläufige Verteilung auf die Mitgliedstaaten dem Bedarf der Regionen in Bezug auf Arbeitsplätze und wirtschaftliche Abhängigkeit folgt.

Wir haben die Regionen, auf die sich unserer Auffassung nach diese Maßnahmen konzentrieren sollten, bereits ausgewählt. Natürlich verhandeln wir mit den Mitgliedstaaten und stimmen uns mit ihnen genauer darüber ab, aber es handelt sich hier wirklich um ein besonderes Anliegen, das direkt mit dem Grünen Deal zusammenhängt.

Ich hoffe, dass ich zum Ende meines Mandats eine ausreichende Zahl unterschiedlicher Fälle vor Ort kennengelernt haben werde. Probleme erwarten uns in den Städten, in Gebieten in äußerster Randlage, entlegenen Regionen, Bergregionen, ländlichen Gebieten und bei der alternden Bevölkerung ... es liegt an uns, sie nicht ungelöst zu lassen.

Wir stehen vor einer beachtlichen Herausforderung, doch wir haben ein großartiges Team sehr erfahrener Kolleginnen und Kollegen, die mich sehr herzlich willkommen geheißen haben, wofür ich ihnen allen nur danken kann. Sie alle verstehen, worauf es mir ankommt: Ziele umzusetzen und nicht etwa viele neue Mechanismen zu schaffen, die nur dazu führen, dass die Menschen vor Ort nicht erkennen, was Europa für ihr Leben und das ihrer Kinder leistet. Das ist der Zweck unserer Arbeit. ■

Zum Neubau des Schlesischen Museums auf dem Gelände des ehemaligen Kohlebergwerks Katowice in Polen gehört auch der ursprüngliche Schacht, der in einen Aussichtsturm verwandelt wurde





Der Freizeitpark in St. Margarethen, Österreich



Cité de la Mer in Cherbourg, Frankreich



Historisches Stadtzentrum von Ioannina, Griechenland

KOMMUNIKATION

Die EU bewirkt Veränderungen vor Ort



Von November 2018 bis Dezember 2019 rückte die Kommunikationskampagne „EU delivers in the regions“ 34 lokale, von der EU kofinanzierte Initiativen ins Rampenlicht. Es wurden 34 regionale Kampagnen in fünf Mitgliedstaaten (Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich und Schweden) durchgeführt.

Der Fokus der Kampagne lag auf bekannten, beliebten Orten, die einen positiven Beitrag zum Leben der Bürgerinnen und Bürger leisten und deren Entwicklung und/oder Modernisierung durch Regionalfonds der EU gefördert wurde.

In jeder Region wurde mit einer einmonatigen Kampagne aufgezeigt, was die EU auf lokaler Ebene bewirkt. Die Initiativen umfassten unter anderem eine Schule in Guadeloupe (FR), ein Theater auf der Halbinsel Peloponnes (EL), ein Skigebiet in Mellersta Norrland (SE), Schutz von Tieren und der biologischen Vielfalt in Övre Norrland (SE) und Abruzzo (IT), eine Burg in Tirol (AT), eine Eisenbahnstrecke in Sizilien (IT), ein Museum in der Normandie (FR), einen Freizeitpark im Burgenland (AT) und Fußgängerzonen in Epirus (EL).

Bei jeder regionalen Kampagne kam ein Mix aus verschiedenen Kommunikationsmedien zum Einsatz:

- › Werbeflächen in der Stadt, digitale Anzeigen auf lokalen Websites und in den sozialen Medien; in Florenz (IT) wurde beispielsweise das Poster der Initiative im Hauptbahnhof angebracht.

- › Aufstellung interaktiver Fotoautomaten, die Einheimische dazu anregen, Bilder vor Ort zu machen; so zum Beispiel im Burgenland, wo ein solcher Automat aufgestellt wurde.
- › Partnerschaften mit lokalen Medien und/oder lokalen Meinungsbildnern; in Grand Est (FR) entstanden durch die Partnerschaft mit einem lokalen Meinungsbildner ein Video des Projekt vor Ort, ein Blog-Beitrag sowie Beiträge in den sozialen Medien.
- › Bildmaterial zur Verwendung in den sozialen Medien (einschließlich eines Kommunikationswerkzeugs).
- › Organisation lokaler Veranstaltungen mit Vertretern der Region, der Europäischen Kommission und dem Projektträger.

Gute Nachrichten

Im Jahr 2020 wird die Kommunikationskampagne in 16 neuen Regionen in fünf Mitgliedstaaten (Frankreich, Griechenland, Irland, Italien und die Niederlande) eingesetzt.

Bei den Projekten dieser nächsten Phase stehen überwiegend Umweltthemen im Vordergrund. Mehrere regionale Kampagnen werfen ein Schlaglicht auf Naturschutzgebiete, die eine wichtige Rolle beim Schutz der Tierwelt und der biologischen Vielfalt spielen, sowie auf die Wiederherstellung eines Küstenbereichs, ein ökologisch nachhaltiges Universitätsgelände und die Förderung der „sanften Mobilität“ durch Radwege, umweltfreundliche Busse und Fußgängerzonen. Zu den weiteren Schwerpunkten für 2020 gehören unter anderem Initiativen zum kulturellen Erbe, zur Kultur und zum Verkehr.

DIE WICHTIGSTEN ZAHLEN ZUR KAMPAGNE



**475 000
Besuche**

der REGIO-WEBSITE



**23 000
Bilder**

im INTERAKTIVEN
FOTOAUTOMATEN



**17
Partner-
schaften**

mit LOKALEN
MEDIEN



**26
Partner-
schaften**

mit LOKALEN
MEINUNGS-
BILDNERN

Die Kampagne „EU delivers in the regions“ zählt zu den Vorschlägen der Kommission für einen europäischen Grünen Deal, verfolgt aber weiterhin auch das Ziel, das Bewusstsein für EU-Maßnahmen und Ergebnisse auf regionaler Ebene zu stärken.

Auswirkung auf das Bürgerengagement

In den jeweiligen Ländern vor und nach den Kampagnen durchgeführte Tests führten zu diesen Erkenntnissen:

- Die Lokalisierung schafft eine emotionale Verbindung: Die Ausrichtung der Kommunikation der Kampagne auf lokale und regionale Orte war ausschlaggebend für die Ansprache der Zielgruppe – in Schweden beispielsweise bis zu 71 %, in Italien bis zu 93 %.
- Die lokal orientierte Kommunikation ermöglicht es der EU, Botschaften quer durch die Gesellschaft zu vermitteln: Lokale Bezüge und Strategien führten unter proeuropäischen

und euroskeptischen Zielgruppen zu einem nahezu gleich großen Engagement. So gaben in einer französischen Region 65 % der Personen mit euroskeptischen Ansichten auf die Frage, wie gut die Kampagne über die Beteiligung der EU informiere, eine positive Bewertung ab.

- Darüber hinaus zeigte sich bei den Bürgerinnen und Bürgern ein verstärktes Interesse an Informationen zu den Projekten und Orten, die gegenwärtig in ihrer Region durch die EU gefördert wurden. Durchschnittlich 75 % der befragten regionalen Bevölkerungen befürworteten eine künftige Kampagne, bei der die neuesten Attraktionen und Ziele in ihrer Region beleuchtet werden. ■

MEHR DAZU

<https://europa.eu/!Qt64gt>
#EUinmyRegion!



Skistadion Östersund, Schweden



Meeresschutzgebiet von Torre del Cerrano, Italien

DATENPUNKT

Bewertung der Kohäsionspolitik in den Mitgliedstaaten

Die Bewertung ist eine wichtige Dimension für die Entscheidungsfindung in der Kohäsionspolitik, denn sie unterstützt die Gestaltung und Umsetzung der Politik mit stichhaltigen Belegen zu den Ergebnissen und Auswirkungen der Maßnahmen.

Bei den für die Planung und Umsetzung der Kohäsionspolitik ausschlaggebenden Bestimmungen tritt zunehmend die Bewertung der Auswirkungen in den Vordergrund. Im Zeitraum 2014-2020 waren die Mitgliedstaaten (erstmalig) verpflichtet, Bewertungen zur Beurteilung der Wirksamkeit, Effizienz und Auswirkungen der Ziele für jedes Programm durchzuführen. Die Regelungen der Kohäsionspolitik gelten für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds.

Erkenntnisse zu Umfang, Schwerpunkt und Art der nationalen Bewertungen werden nachfolgend vorgestellt. Sie basieren auf dem offenen Datensatz zur Bewertung der kohäsionspolitischen Programme (2015 bis heute) und werden regelmäßig aktualisiert.

Was genau wird bei den Bewertungen geprüft?

Die meisten Bewertungen befassen sich mit Fragen der Umsetzung und prüfen die Fortschritte auf dem Weg zum gesetzten Ziel. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Kohärenz der Projekte und Maßnahmen mit den Programmzielen sowie auf der Wirksamkeit und Effizienz der Umsetzung. Darüber hinaus wird untersucht, inwieweit die verfügbaren Finanzmittel zum Einsatz kommen und die Zielvorgaben, insbesondere die im Leistungsrahmen festgelegten, erfüllt werden.

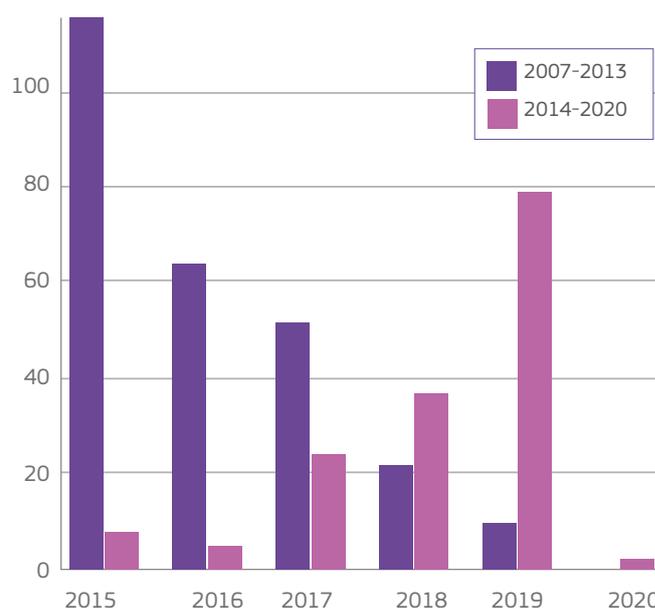
Wirkungsbewertungen erfolgen außerdem später im Programmzyklus, wenn die meisten Maßnahmen nicht nur abgeschlossen sind, sondern bereits Ergebnisse hervorgebracht haben.

Zahlreiche Belege und vielfältige Ansätze

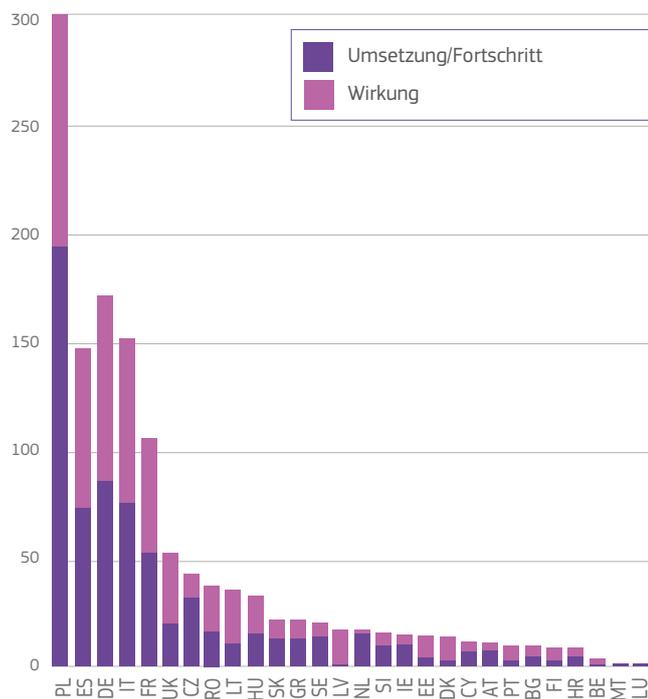
Seit 2015 nahmen die Mitgliedstaaten über 1 000 Bewertungen vor. Beurteilt wurden verschiedene Fonds, Themen und Regionen sowie die Fortschritte bei der Umsetzung und/oder die Auswirkungen der Maßnahmen. Die Bewertungen beziehen sich auf die Programmplanungszeiträume 2007-2013 und 2014-2020.

Hinsichtlich der Zahl der Bewertungen unterscheiden sich die Mitgliedstaaten deutlich. Darin spiegeln sich beträchtliche Unterschiede in der Menge und dem Umfang der Investitionsfinanzierung, der Zahl der Programme in einem Mitgliedstaat und dem in den Bewertungsplänen vorgeschlagenen Ansatz wider. Zudem ziehen es einige Länder vor, eine größere Zahl kleinerer Bewertungen durchzuführen, während andere zusammenfassend vorgehen.

ZAHL DER WIRKUNGSBEWERTUNGEN NACH JAHR UND PROGRAMMPLANUNGSZEITRAUM



ZAHL DER BEWERTUNGEN NACH LAND UND ART (SEIT 2015)



Welche Themen überwogen im Zeitraum 2014-2020?

Zum Ende der ersten Hälfte des Programmplanungszeitraums drehten sich die meisten Bewertungen um soziale Themen, nicht zuletzt da die Mitgliedstaaten der Verpflichtung nachkamen, bis zum Ende der Jahre 2015 und 2018 eine Wirkungsbewertung zur Beschäftigungsinitiative für junge Menschen vorzunehmen.

Abgeschlossene Bewertungen konzentrieren sich häufig auf Maßnahmen, die vergleichsweise schnell umsetzbar sind, etwa die Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung, die den Menschen in der EU unmittelbar zugutekommen.

Die Verteilung der Bewertungen auf die thematischen Ziele lässt sich nach Land und Fonds filtern (einige Bewertungen können sich auf mehrere Fonds beziehen).

Schwerpunkt auf Recherche und Innovation

Gemäß den Anforderungen der thematischen Konzentration sind die EFRE-Investitionsmittel in erheblichem Umfang dem Ausbau von Forschung, technischer Entwicklung und Innovation gewidmet. Spanien, Deutschland und Polen erhielten die höchsten veranschlagten Beträge für Verbesserungen in der Forschungs- und Innovationsinfrastruktur (FuI), die Förderung von geschäftlichen Investitionen im Bereich der Forschung und Innovation sowie für die Knüpfung von Verbindungen und Entfaltung von Synergien zwischen Unternehmen, Forschungs- und Entwicklungszentren und dem Hochschulsektor. Polen kommt überdies auf die höchste Zahl an Bewertungen, die sich bislang jedoch überwiegend auf Ablaufs- und Überwachungsaspekte konzentrieren.

Welche Bewertungen wurden zuletzt abgeschlossen?

Die abschließenden Bewertungsberichte sind in einer eigenen Bibliothek verfügbar. Dort lassen sich die von den Mitgliedstaaten abgeschlossenen Bewertungen filtern und abfragen. In der Regel sind die Berichte in der Landessprache verfasst, eine Zusammenfassung in englischer Sprache ist jedoch beigefügt. ■

MEHR DAZU

Maßnahmen der Kommission zur Bewertung der Kohäsionspolitik:

<https://europa.eu/!XG63nD>

Jährliche Kurzberichte zu den Bewertungen mit den Jahresberichten zum Einsatz der Fondsmittel:

<https://europa.eu/!MB77Fq>

Wünschen Sie weitere Informationen? Kontaktieren Sie uns unter: REGIO-EVAL@ec.europa.eu

Gibt es ein Thema, das Ihrer Ansicht nach in künftigen *Panorama* DATENPUNKT-Artikeln behandelt werden sollte?

Gibt es einen Datensatz, den wir auf die offene Datenplattform der ESI-Fonds stellen sollen?

Dann senden Sie eine E-Mail an: REGIO-EVAL@ec.europa.eu

Folgen Sie der Diskussion auf TWITTER [#ESIFOpenData](https://twitter.com/ESIFOpenData)

oder abonnieren Sie unseren Newsletter: http://ec.europa.eu/newsroom/index.cfm?service_id=788

Grenzüberschreitender Austausch und gegenseitige Hilfe

Interreg



30 years together

Interreg, das wegweisende Programm für die grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf nationaler und regionaler Ebene, feiert seine 30-jährige Erfolgsgeschichte und richtet dabei den Blick auf künftige Kooperationen. Im Jahr 2020 liegt der Schwerpunkt auf drei Hauptthemen. Sie verdeutlichen, worum es bei Interreg geht, und greifen gleichzeitig die wichtigsten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger auf.

Seit 1990 wurden mit Interreg-Mitteln Programme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Regionen, lokalen Behörden sowie Bürgerinnen und Bürgern gefördert. Tausende Projekte und Initiativen, die zum Abbau von Hürden und zur Zusammenführung von Menschen beigetragen haben, wurden auf diesem Weg finanziert. Interreg, auch unter der Bezeichnung „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ bekannt, ist das Herzstück des europäischen Ideals, da Regionen und Länder zur Bewältigung von Problemen ermutigt werden, die sich nur mittels Zusammenarbeit lösen lassen.

Im Verlauf des Jahres 2020 stattfindende Feierlichkeiten bieten Gelegenheiten, die zahlreichen Errungenschaften des Programms zu präsentieren. Durch die Einleitung einer Debatte über die Kooperationspolitik nach 2020 steht aber auch die Zukunft im Fokus. Doch Interreg umfasst nicht nur die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit, sondern verankert diese darüber hinaus in einem nachhaltigeren politischen Umfeld, etwa durch die makroregionalen Strategien und die Anlaufstelle „Grenze“.

Das Programm verkörpert einen der grundlegenden Werte der EU: die Zusammenarbeit zwischen Menschen, Regionen und Ländern in unserer Nachbarschaft. In einer Zeit, in der bei einigen Bürgerinnen und Bürgern eine zunehmende Introspektion zu beobachten ist, und in der die Erfolge Europas im politischen Dialog oft übersehen werden, dienen die Maßnahmen von Interreg dazu, solche Hürden zu überwinden und mithilfe von Zusammenarbeit ein stärkeres und geeinteres Europa aufzubauen.

Die Bekämpfung des Klimawandels und die Förderung eines grüneren Europas gehören bereits zu den Aufgaben des Programms. Darüber hinaus ermutigt Interreg junge Menschen, im Ausland zu arbeiten oder zu studieren, und unterstützt Initiativen zum Erlernen der Nachbarsprache oder zur freiwilligen Mitarbeit an Projekten. Dank Interreg ist es möglich, zwischen zwei Ländern zu pendeln, in Europas Grenzregionen oder außerhalb der EU Arbeit zu finden und auf öffentliche Dienste zuzugreifen, die dem eigenen Wohnort am nächsten sind.

Wir alle sind auf Nachbarn angewiesen

Wir alle haben und brauchen sie! Wir packen Dinge gemeinsam an, arbeiten zusammen, entscheiden gemeinsam und schaffen miteinander neue Möglichkeiten für eine bessere Zukunft in unserem gemeinschaftlichen europäischen Raum. Vor dem Hintergrund immer größerer globaler Herausforderungen ist die Zusammenarbeit heute entscheidender denn je. Waldbrände kennen keine Grenzen – sie breiten sich von Hängen bis in die Täler aus und fragen nicht um Erlaubnis, wenn sie Grenzen überschreiten. Auch Krankheiten, Umweltverschmutzung oder soziale Unruhen machen nicht vor Grenzen halt. Wenn eine Seite der Grenze betroffen ist, dann bleibt auch die andere nicht verschont.

Wie wir jedoch wissen, geht es bei gemeinsamen Grenzen mehr als nur um die Lösungsfindung für gemeinsame Probleme, denn auch aus gemeinsamen Chancen, Interessen, Lebensweisen und kulturellen Praktiken lassen sich Vorteile für alle Seiten schöpfen. Miteinander können wir starke Gemeinschaften aufbauen und Brücken zwischen den Menschen in Grenznähe bauen. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Bürgerinnen und Bürger besseren Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung erhalten. Zusammen können wir die Zugänglichkeit und Anschlussfähigkeit verbessern, zugleich unsere Sicherheit wahren sowie das Kulturerbe und die Natur schützen.

Wir haben mehr mit unseren Nachbarn gemeinsam, als uns bewusst ist. Europa hält uns zusammen. Seit nunmehr 30 Jahren unterstützen durch Interreg ermöglichte Kooperationsprogramme der EU Nachbarn dabei, zusammenzuarbeiten und

starke Gemeinschaften entlang interner wie externen Grenzen zu bilden. Tausende EU-geförderte Projekte brachten den Grenzregionen der EU und darüber hinausreichenden Gebieten konkrete Vorteile und schufen Vertrauen und Respekt beim Miteinander im gemeinsamen Raum.

DREIGLIEDRIGER ANSATZ

Als eines von zwei kohäsionspolitischen Zielen für den Zeitraum 2014-2020 verfügt Interreg über einen Haushalt in Höhe 10,1 Mrd. EUR, der durch den Europäischen Entwicklungsfonds finanziert wurde. Die Mittel wurden in verschiedene Kooperationsprojekte investiert, die für die Verwaltung der Projektförderung verantwortlich sind.

Es gibt 60 grenzüberschreitende und 15 transnationale Kooperationsprogramme sowie vier interregionale Programme:

- › Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördert die Kooperation zwischen NUTS-III-Regionen in mindestens zwei verschiedenen Mitgliedstaaten, die direkt an der Grenze oder in deren Nachbarschaft liegen.
- › Bei der transnationalen Zusammenarbeit bilden Regionen mehrerer EU-Länder größere Gebiete, um die Kooperation und regionale Entwicklung innerhalb der EU zu verbessern und gemeinsame Probleme mit vereinten Kräften zu bewältigen.
- › Die interregionale Zusammenarbeit geschieht in geografischer Hinsicht europaweit und deckt weiter gefasste Gebiete ab.

Unterstützung für die heutige Jugend

Junge Menschen im Alter von 15 bis 29 Jahren haben einen Anteil von 17% an der EU-Bevölkerung. Sie alle sind mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert: schwachen Arbeitsmärkten und einem Mangel an Möglichkeiten in der allgemeinen und beruflichen Bildung. Auch junge Menschen werden von Krisen wie der Erderwärmung, von Unsicherheit und einem weit verbreiteten Vertrauensverlust in öffentliche Einrichtungen erschüttert, jedoch vereint sie ein gemeinsames Streben nach einer besseren Zukunft. Die EU bietet eine Fülle von Möglichkeiten, darunter eine höhere Mobilität, die zur Festigung ihrer Position als wissensbasierte Wirtschaft von entscheidender Bedeutung ist.



NEUE KOMPETENZEN FÜR DIE JÜNGERE GENERATION



Das im Donaauraum angesiedelte Projekt NewGenerationSkills verfolgte das Ziel, das Potenzial junger Menschen in den Bereichen Unternehmertum und soziale Innovationen zu erschließen und ihnen die Kompetenzen zu vermitteln, mit denen sie Veränderungen in ihren lokalen Gemeinschaften herbeiführen können.

Von der lokalen Ebene ausgehend, sollte das Projekt ein förderliches Umfeld schaffen, in dem die jungen Menschen die Möglichkeit erhielten, ihre innovativen Ideen in Unternehmungen mit hohem sozialem Mehrwert zu verwandeln. Kooperationsmechanismen wurden verbessert, um innovative lokale Fördermaßnahmen in Form von Innovationslabors zu entwickeln, die in ein transnationales Netzwerk eingebunden waren. Die Verflechtung von Innovation und Unterstützung von Jungunternehmertum trägt dazu bei, die Lücke zwischen der Bildung und den neuen Kompetenzen zu schließen, die für das Zurechtfinden in der im Wandel begriffenen Arbeitswelt erforderlich sind.

Dieser auf die junge Generation ausgerichtete Innovationsförderungsprozess soll, so die Hoffnung, letztlich zu einer besseren Wirtschaftsleistung führen, die Abwanderung von Fachkräften mindern und sich positiv auf die Qualität des lokalen Arbeits- und Lebensumfelds auswirken.

<http://www.interreg-danube.eu/approved-projects/newgenerationskills>

Seit 30 Jahren werden über Interreg und die Kooperationspolitik Lösungen für jungen Menschen gefunden. Durch die Zusammenarbeit, den Aufbau von Partnerschaften und den Wissensaustausch zur Hebung des Bildungs- und Kompetenzniveaus trug das Programm dazu bei, Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen und ihre Mobilität zu fördern; es entstanden grenzüberschreitende Ausbildungsplätze und Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen.

Ein konkretes Beispiel hierfür ist „BELT“, ein Projekt an der dänisch-deutschen Grenze, das die Möglichkeiten junger Menschen, auf beiden Seiten der Grenze zu lernen und zu arbeiten, verbessert und damit auch ihre Beschäftigungsfähigkeit erhöht. Über 1 000 Auszubildende nahmen am Projekt „euregio-Xperience“ teil, im Rahmen dessen sie künftige Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt in der deutsch-niederländischen Grenzregion erkunden konnten.

Interreg unterstützt transnationale Netzwerke zur Stärkung der Kompetenzen junger Unternehmerinnen und Unternehmer.

Das im Donaauraum durchgeführte Projekt „NewGeneration-Skills“ zielte darauf ab, das ungenutzte Potenzial junger Menschen zu nutzen. Im Vordergrund standen die Entwicklung ihrer Kompetenzen und die Bereitstellung eines förderlichen Umfelds, in dem sie ihre innovativen Ideen in die Tat umsetzen konnten (siehe Kasten). Zum Aufgabengebiet von Interreg gehören auch Bildungsmaßnahmen zur Erderwärmung, um junge Menschen stärker für das Thema zu sensibilisieren.

„Youth-together“, ein Gemeinschaftsprojekt von Ungarn und Serbien, hilft jungen Menschen dabei, sich an einen nachhaltigeren Lebensstil anzupassen. Interreg schafft ein höheres gegenseitiges Vertrauen zwischen den Grenzregionen, indem gemeinsame, für junge Menschen leicht zugängliche öffentliche Dienste eingerichtet werden. Beispielsweise können junge Menschen in Frankreich und Spanien im Krankenhaus von Cerdanya – der ersten grenzüberschreitenden Gesundheitseinrichtung in Europa – dieselbe medizinische Versorgung in Anspruch nehmen (siehe Kasten).

BESSERE VERSORGUNG FÜR JUNGE PATIENTINNEN UND PATIENTEN IN DEN PYRENÄEN

Durch ein EU-finanziertes Projekt verbesserte sich der Zugang zur Gesundheitsversorgung für Kinder in den östlichen Pyrenäen, sodass sie in dieser überwiegend gebirgigen, entlegenen und ländlichen grenzüberschreitenden Region zwischen Frankreich und Spanien die bestmögliche Behandlung erhalten.

Das pädiatrische Zentrum in Cerdanya bat ein Team von Fachleuten, Strategien für die optimale stationäre und ambulante Patientenversorgung durch die Bündelung von Ressourcen und Erfahrungen sowie durch den Aufbau von Partnerschaften zur Kostenstraffung zu erarbeiten.

Die daraus entstandenen Einrichtungen werden als gemeinnützige Abteilungen betrieben, die Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 bis 17 Jahren offenstehen. Sie bieten individuelle Behandlungspläne und medizinische Versorgung rund um die Uhr. Expertenteams aus der Ärzteschaft und den Bereichen der Ernährungsberatung und der Therapie helfen den Patientinnen und Patienten und deren Eltern dabei, sich anzupassen und gut mit der Diagnose zu leben.

<http://pediatrie-occitanie.alefpa.asso.fr/>



Die Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls beginnt bereits in jungen Jahren. Dank der 2017 ins Leben gerufenen Initiative Interreg Volunteer Youth (IVY) nahmen rund 400 Freiwillige zwischen 18 und 30 Jahren an Kooperationsprogrammen und -projekten teil. IVY ist zudem Teil des Europäischen Solidaritätskorps, das Möglichkeiten zur Freiwilligenarbeit sowie zur Ausbildung und Berufstätigkeit im In- und Ausland bietet. ➤

KERNGRUPPENNETZWERK ZUR POLITISCHEN BETEILIGUNG JUNGER MENSCHEN IM SÜDLICHEN OSTSEERAUM

Wie wertvoll die Beteiligung junger Menschen an demokratischen Prozessen ist, wurde in lokalen Gemeinschaften wie auch auf internationaler Ebene erkannt. Hinsichtlich der praktischen Umsetzung werden jedoch nur zögerliche Fortschritte gemacht. Junge Menschen stehen bei den meisten demokratischen Prozessen immer noch am Rande. Mit dem Interreg-Projekt „South Baltic Youth Core Groups Network“ (SB-YCGN) wird die Fähigkeit lokaler Akteure im grenzüberschreitenden Raum verbessert, junge Bürgerinnen und Bürger in den Prozess der Entscheidungsfindung einzubeziehen und dadurch die partizipative Demokratie zu stärken. Da die Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen eine länderübergreifende Herausforderung darstellt, soll durch das Projekt die grenzüberschreitende Kompetenz der relevanten Akteure gestärkt werden. Ziel ist, mithilfe der Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern, Behörden, politischen und gesellschaftlichen Gruppen in den Partnerländern die europäische Integration voranzubringen. Dank Interreg können junge Bürgerinnen und Bürger nicht nur die partizipative Demokratie im eigenen Land erleben, sondern überdies ihre Nachbarländer besser kennen- und verstehen lernen.

<https://southbaltic.eu/-/sb-ycgn>



Ein grünes und klimaneutrales Europa

Grenzen wurden geschaffen, um ein Zugehörigkeitsgefühl und eine gemeinsame Identität zu erzeugen, was Flora und Fauna jedoch nicht davon abhält, sich über sie hinwegzusetzen. Luft-, Wasser- und Landverschmutzung und die Folgen der Übernutzung gemeinsamer Ressourcen kennen keine Staatsgrenzen. Die Zusammenarbeit in Umweltfragen wird bereits seit 30 Jahren durch Interreg gefördert, um unsere Ökosysteme für kommende Generationen zu schützen.

Im Rahmen des Projekts „LOS_DAMA!“ (siehe Kasten) werden Freiräume und Grünflächen im Alpenraum der EU durch ein Städtenetzwerk bewahrt, das Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien umfasst. Dank dieser Initiative können wichtige Grünräume durch ein neues Netzwerk alpiner

Ballungsräume wiederbelebt werden. Die Europäische Kommission hat erst kürzlich den Grünen Deal als neue Wachstumsstrategie für Europa vorgestellt; Ziel ist ein CO₂-neutrales Europa bis zum Jahr 2050. Eines ist dabei sicher: Wir können nur dann zu einem grünen und klimaneutralen Europa gelangen, wenn wir auf Zusammenarbeit setzen. Genau dies ist der Leitgedanke von Interreg, der sich durch die 30-jährige Geschichte des Programms zieht. ■

MEHR DAZU

https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/factsheet/interreg30_en.pdf

<https://interreg.eu/about-interreg/>

GRÜN- UND FREIRÄUME SCHÜTZEN UND MENSCHEN VERNETZEN

Dies ist eine gemeinsame Initiative von Städten und umliegenden Regionen im Alpenraum, um die infolge des beispiellosen städtischen Wachstums entstandene Zersiedelung und die Gefährdung der Grün- und Freiräume in den Städten und um sie herum zu bekämpfen. Flächen für Naherholungsgebiete und Landwirtschaft gehen verloren, für die Tierwelt wichtige Lebensräume werden zerstört, und Sumpfbereiche trocknen aus – allesamt Faktoren, die den Klimawandel verstärken.

Das EU-geförderte Projekt LOS_DAMA! bringt Interessengruppen aus Städten und deren Umgebung zusammen, um lebenswichtige Freiräume zu schützen und Menschen und Grünflächen in der gesamten Region zu vernetzen. Auf diese Weise soll das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung des Schutzes und der Verwaltung von Stadtrandgebieten und oftmals landwirtschaftlich genutzten Flächen in alpinen Ballungsräumen und deren Umgebung geschärft werden.

So werden etwa im Rahmen des Projekts Methoden zur Vereinfachung der gemeinsamen Umsetzung von nachhaltigen Strategien zum Schutz und zur Verwaltung von Stadtrandgebieten erarbeitet. Darüber hinaus werden verschiedene umfassende Ansätze für Grün- und Freiräume entwickelt.

Aus dem Projekt hervorgegangen ist zudem das „Metropolitan Alpine City Network“, ein Netzwerk von Behörden in Kommunen und Großstädten zugunsten der Zusammenarbeit mit Interessengruppen zur Entwicklung von Grünräumen und grüner Infrastruktur.

https://www.alpine-space.eu/projects/los_dama/en/home





INITIATIVE FÜR GESÜNDERE, FUSSGÄNGERFREUNDLICHE STÄDTE

Das Projekt CityWalk unterstützt zehn Städte im Donauraum, Luftverschmutzung, Lärm und Verkehrsbelastung zu verringern und dabei auf verbesserte Bedingungen für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie auf die Förderung umweltfreundlicher Mobilität zu setzen.

Die Partnerstädte führen in kleinem Maßstab Pilotmaßnahmen durch, um ihre Begehrbarkeit zu verbessern, und erarbeiten überdies politische Vorschläge. Zwar liegt der Schwerpunkt auf dem Gehen, jedoch folgt das Projekt einem ganzheitlichen Ansatz zur Weiterentwicklung der städtischen Mobilität, bei dem öffentliche und private Verkehrsmittel wirksam miteinander kombiniert werden.

Mögliche Veränderungen, die dem Gehen zuträglich sind, umfassen beispielsweise die Umgestaltung von Straßen, sodass Gehende anstelle von Autos Vorrang haben. Es wurden bereits „leichte“ Eingriffe geprüft, um Bürgerinnen und Bürger zu ermutigen, ihr Fahrzeug

zu Hause zu lassen, darunter Sensibilisierungsprogramme, die für das Gehen und seine gesundheitlichen Vorteile werben.

<http://www.interreg-danube.eu/approved-projects/citywalk>

INTERREG FEIERT SEIN 30-JÄHRIGES BESTEHEN MIT EINEM NEUEN PODCAST: „DAS IST EUROPA“

Im neuen Interreg-Podcast „Das ist Europa“ hören Sie persönliche Geschichten gewöhnlicher Europäerinnen und Europäer, deren Leben durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verändert wird.

In dieser Reihe führt Sie die Journalistin Shahidha Bari auf eine Reise quer durch Europa, von der Ostsee bis zu den Balearischen Inseln und noch weiter.

Die erste Episode beschäftigt sich mit der Frage, wie die Interreg-Gemeinschaft ein grüneres Europa schafft. Shahidha Bari schwingt sich auf ihr Fahrrad und erkundet Rostock im Norden Deutschlands. Die Hansestadt ist die Heimat von Steffen Nozon, einem Mobilitätskoordinator und begeisterten Radfahrer, der seine lokale Umgebung in einen Bereich grüner, autofreier „lebendiger Straßen“ verwandelt.

Die erste Episode ist auf allen Plattformen abrufbar:
siehe <https://this-is-europe.simplecast.com/>
<http://pediatrie-occitanie.alefpa.asso.fr/>



Interreg-Projekte profitieren von Instrumenten und Diensten des Enterprise Europe Network



Das Enterprise Europe Network (EEN) ist das weltgrößte Unterstützungsnetzwerk für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU). Seine über 600 Mitglieder genießen Anerkennung

innerhalb ihrer regionalen bzw. nationalen Unternehmens- und Innovationsökosysteme, darunter regionale Entwicklungsagenturen, Industrie- und Handelskammern, Forschungseinrichtungen, Hochschulen, Handelsorganisationen sowie Förder- und Investmentbanken. Das EEN ist in mehr als 60 Ländern aktiv und bietet den Regionen eine interessante Dienstleistung, mit der sie die internationale Ausrichtung ihrer KMU fördern können.

Das gesamte Leistungsspektrum des EEN, auf das KMU kostenlos Zugriff haben, lässt sich in drei Kategorien unterteilen: Beratungsdienste für Unternehmen einschließlich der Beratung für den Zugang zu Finanzmitteln, Internationalisierungs- und Partnerschaftsdienste sowie Innovationsdienste. Diese werden größtenteils über das COSME-Programm, das ab 2021 unter dem neuen mehrjährigen Finanzrahmen dem Binnenmarktprogramm angehört wird, kofinanziert.

Eine gleichzeitige Kofinanzierung über das Programm Horizont 2020 erhalten Innovationsdienste wie der Kapazitätsaufbau im Innovationsmanagement und die Dienste zur Betreuung von Schlüsselkunden für Begünstigte des Pilotprojekts des KMU-Instruments/Europäischen Innovationsrats (EIC).

Erprobte Instrumente

Die Instrumente und Dienste des EEN bieten ein hohes Synergiepotenzial: Sie erleichtern den länderübergreifenden unternehmerischen Entdeckungsprozess im Rahmen der S3 sowie die Einbindung geeigneter Instrumente und Beratungsdienste in Interreg-Projekte, um deren erfolgreiche Durchführung zu fördern. Die folgenden Beispiele veranschaulichen die Erfolge, die auf diese Weise in aktuellen Projekten erzielt wurden.

Mit dem Interreg-Projekt „S3-4AlpClusters“¹ wurde ein länderübergreifender unternehmerischer Entdeckungsprozess im Alpenraum auf den Weg gebracht. Das Projekt nutzte Verbindungen zu Unternehmen, die aus EEN-Initiativen der regionalen Agenturen Veneto Innovazione und Business Upper Austria hervorgegangen waren, und organisierte überregionale Workshops zur Maßnahmenentwicklung, um Möglichkeiten des weiteren Ausbaus transformativer Ansätze für das „Ökosystem intelligente Lebensmittel“ auszuloten.

Im Interreg-Projekt „Innovarc“² Frankreichs und der Schweiz schlossen sich 250 Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus der Gebirgsregion des französischen und schweizerischen Jura zusammen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

1) <https://www.alpine-space.eu/projects/s3-4alpclusters/en/home>

2) <http://www.innovarc.eu/innovarc/presentation-du-projet>

bei Innovationsprojekten zu steigern. Das Team bot verschiedene Beratungsdienste mit Schwerpunkt auf dem Zugang zu Finanzmitteln, dem Innovationsmanagement und der Internationalisierung an.

Die Handels- und Industriekammer im ungarischen Verwaltungsbezirk Győr-Moson-Sopron ist der federführende Partner des österreichisch-ungarischen Projekts „Smart-up“³, das die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Innovations- und geschäftlichen Bereich unter Start-ups in den Grenzregionen fördert.

Die Projekte „AmiCE“⁴ und „KETGATE“⁵ werden beide im Rahmen der Interreg-Priorität für Mitteleuropa zur Entwicklung von Innovationen und Wissen kofinanziert. AMiCE unterstützt KMU bei der Einführung fortgeschrittener Fertigungstechniken, insbesondere 3D-Druckverfahren. KETGATE bringt Unterstützungsorganisationen für Unternehmen mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen aus acht verschiedenen Ländern – fünf davon mit EEN-Teams – zusammen. KMU soll es erleichtert werden, grenzüberschreitenden Zugang zu modernsten Technologieinfrastrukturen für fortgeschrittene Werkstoffe, Photonik sowie Mikro- und Nanoelektronik im Verkehrs-, Gesundheits- und Lebensmittelsektor zu erhalten.

Durch das Interreg-Projekt „Boost4Health“⁶ in Nordwesteuropa wurden finanzielle und nichtfinanzielle Unterstützungsdienste zur Internationalisierung von KMU in den Biowissenschaften und der Medizintechnik entwickelt.

Veneto Innovazione ist Mitglied des italienischen EEN-Konsortiums Friend Europe, das sich auf die Regionen Venetien, Friaul-Julisch Venetien und Trentino-Südtirol konzentriert. Das durch EEN-Instrumente unterstützte Projekt zur Übertragung von Unternehmen vereinfachte die grenzüberschreitende Unternehmensübertragung und die Zusammenführung von Verkäufern und potenziellen Käufern. ■

3) <https://www.interreg-athu.eu/de/smartup>

4) <https://www.interreg-central.eu/Content.Node/AMiCE.html>

5) <https://www.interreg-central.eu/Content.Node/KETGATE.html>

6) <https://www.boost4health.eu>

Vorzeitiger Ausbau der Verwaltungskapazitäten für die Zeit nach 2020



Kostas Raftopoulos, Teamleiter der Pilotmaßnahme zum Aufbau administrativer Kapazitäten bei der griechischen Verwaltungsbehörde, erläutert die Bedeutung einer verantwortungsvollen Verwaltung und des Kapazitätsaufbaus für die Kohäsionspolitik.

Was hat Sie dazu bewogen, an der Pilotmaßnahme zum vorzeitigen Aufbau der Verwaltungskapazitäten für den Zeitraum 2021-2027 teilzunehmen?

Unsere Entscheidung für die Teilnahme an dem Projekt geht darauf zurück, dass unsere Verwaltungsbehörde 2015 infolge der Zusammenlegung dreier Verwaltungsbehörden eine beachtliche Erschütterung erfuhr. Diesen drei Einzelbehörden oblag zuvor die Verwaltung von drei verschiedenen Programmen: Autobahnen, Eisenbahnen und Umweltschutz. Uns war von Anfang an klar, dass wir in Bezug auf unsere Systeme wie auch unsere Beschäftigten umgehend handeln mussten, um die Arbeitsweisen zu vereinheitlichen. Wir

setzten bei den Informationssystemen an und führten anstelle isolierter Lösungen nun ein einziges, neues Dokumentenmanagementsystem ein. Im nächsten Schritt stellten wir funktionsübergreifende Teams zusammen, um die Quellen der Unterschiedlichkeit zu ermitteln und bewährte Praktiken aus den vormaligen drei Verwaltungsstrukturen zu verbreiten.

Als wir von der Initiative der Kommission erfuhren, wussten wir bereits – und hatten auch unsere politische Führung davon überzeugt, dass wir unsere Verwaltungskapazitäten ausbauen mussten, insbesondere mit Blick auf den bevorstehenden Zeitraum. Meiner Auffassung nach beschleunigte die Teilnahme an dieser Pilotmaßnahme den Prozess, den wir seit 2015 verfolgen. Ohne dieses Projekt wären die Entwicklungen weitaus langsamer und fragmentierter abgelaufen.

Welche Elemente erwiesen sich als besonders nützlich und innovativ?

Die Pilotmaßnahme bot uns zunächst einmal eine großartige Gelegenheit, Dinge, die wir für selbstverständlich hielten, in Ruhe zu überdenken. Wir stehen unter

dem ständigen Druck täglicher Verpflichtungen und knapper Fristen, was dazu führt, dass wir den Aufbau administrativer Kapazitäten immer wieder aufschieben. Die Welt verändert sich aber und wir müssen darauf reagieren. Die Strukturen und Kompetenzen, die wir einmal aufgebaut haben, reichen unter Umständen nicht mehr aus, wenn wir nicht in ihre Überprüfung und Erneuerung investieren.

Zweitens ist die Zusammenarbeit mit der GD REGIO und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) an sich eine äußerst wertvolle Erfahrung. Wir organisierten Workshops und Befragungen, damit unsere Beschäftigten an der Basis sowie Begünstigte und weitere Akteure ihre Zukunftsvorschläge einbringen konnten. Für manche Organisationen im Privatssektor mag dies trivial klingen, aber für die öffentliche Verwaltung in Griechenland (und meiner Ansicht nach viele öffentliche Verwaltungsorgane) bedeutet es eine echte Neuerung.

Zur Umsetzung des Fahrplans stellten wir drittens freiwillige Umsetzungsteams zusammen. Wir griffen dafür auf

Personal aus allen Referaten und Sektoren zurück und übertrugen die Leitung an vorderster Front tätigen Kollegen, die ihre Fähigkeiten bereits unter Beweis gestellt hatten, aber noch keine derartige Chance hatten wahrnehmen können. Unsere Zusammenarbeit mit dem OECD-Team wird auf die Umsetzung spezifischer Maßnahmen erweitert. Die Umsetzungsteams haben so die Möglichkeit der direkten Zusammenarbeit mit der OECD und dem Referat Humanressourcen, einer außerhalb unserer Verwaltungsbehörde angesiedelten Agentur, zwischengeschalteten Stellen, Begünstigten und der Nationalen Koordinierungsbehörde, um nur einige zu nennen. Es eröffnen sich also zahlreiche Kommunikationskanäle, die genutzt werden können, um bewährte Praktiken und Fachwissen auszutauschen und die Kultur der Teamarbeit weiterzuentwickeln.

Was können Sie zu den Reaktionen und dem Niveau des Engagements Ihrer Kollegen berichten?

Als wir unseren ersten Workshop in Athen mit über 100 Teilnehmenden aus rund 40 Interessengruppen organisierten, fragte mich das OECD-Team: „Warum sind alle so begeistert bei der Sache?“ Ganz einfach: Sie hatten jetzt die Gelegenheit, sich zu äußern, mit Kollegen aus ganz Griechenland zusammenzukommen und Erfahrungen, Vorschläge und Bedenken auszutauschen. Und dieser Enthusiasmus

begleitet uns weiter durch die Phase der Umsetzung. Die Teams, die ab Mai 2020 mit der OECD zusammenarbeiten werden, sind sogar so motiviert, dass sie bereits drei Monate vor dem Start der ersten vorgesehenen Mission der OECD in Athen mit der Vorbereitung von Materialien begonnen haben.

Welche Erwartungen haben Sie für die Zukunft und inwiefern kann diese Arbeit zur besseren Verwaltung künftiger kohäsionspolitischer Investitionen beitragen?

Die Zusammenlegung liegt inzwischen vier Jahre zurück und unsere Teilnahme am Projekt begann vor 18 Monaten. So fühlen wir uns nun weitaus zuversichtlicher, dass unsere Organisation für den kommenden Programmplanungszeitraum gut gerüstet ist. Unser Fahrplan umfasst 19 Maßnahmen; elf davon sind mit internen Personalfragen verknüpft, sechs betreffen unsere Beziehungen zu Interessengruppen und Begünstigten und zwei widmen sich der Bekämpfung von Bürokratie und den Aufbau eines Kommunikationskanals zu den Prüf- und Bescheinigungsbehörden und zur Nationalen Koordinierungsbehörde. Ich bin mir sicher, dass den Leserinnen und Lesern (insbesondere denjenigen, die im EU-Fondsverwaltungssystem tätig sind) die Wichtigkeit der oben genannten Maßnahmen für den Aufbau von Verwaltungskapazitäten völlig klar ist.

Würden Sie Ihren Kollegen in anderen Verwaltungsbehörden empfehlen, in die Erstellung von Fahrplänen zum Aufbau administrativer Kapazitäten zu investieren?

Wir hatten bereits zahlreiche Gelegenheiten, die wesentlichen Herausforderungen, vor denen Verwaltungsbehörden stehen, mit Kollegen aus Bulgarien, Spanien, Kroatien und Polen zu diskutieren, und es stellte sich heraus, dass beinahe die Hälfte der Fragen alle betreffen. Es gibt jedoch auch individuelle Probleme, die jeweils unterschiedlich sind und für sich ermittelt und behoben werden müssen. Ein systematischer Ansatz, wie er bei der OECD-Methode verfolgt wird, gewährleistet in meinen Augen, dass jeder Fahrplan genau die Maßnahmen beinhaltet, die für die Verbesserung der administrativen Kapazitäten im jeweiligen Fall am meisten benötigt werden. ■

MEHR DAZU

Kurzbericht zu Phase I der gemeinsamen Pilotinitiative:
<https://europa.eu/Gq44bp>

Verantwortungsvolle Verwaltung und administrative Kapazitäten – die aktuelle Geschichte über Daten:
<https://europa.eu/uM83XJ>

Praktisches Instrumentarium – Fahrplan zum Aufbau administrativer Kapazitäten: <https://europa.eu/dv43qF>



PILOT ON GOOD GOVERNANCE AND CAPACITY BUILDING FOR COHESION POLICY

- PILOT ACTION IN COOPERATION WITH THE OECD -

Regionale Aufholinitiative – ein neuer Ansatz für die Durchführung von EU-Projekten



In dem Bericht „Economic Challenges of Lagging Regions“, einer im Jahr 2017 veröffentlichten Gemeinschaftspublikation der Europäischen Kommission und der Weltbank, werden die wichtigsten Herausforderungen für rückständige Regionen untersucht sowie Strategien und politische Maßnahmen dazu vorgeschlagen, wie sich das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit dieser Regionen wiederbeleben und langfristig aufrechterhalten lassen. Der Bericht bereitet den Weg für die regionale Aufholinitiative – ein praktisches Programm zur technischen Unterstützung, das Hürden für die Wettbewerbsfähigkeit identifizieren und die Bereitstellung von Mitteln der Kohäsionspolitik in ausgewählten einkommensschwachen Regionen in der gesamten EU verbessern soll.

⌞ aut einer Schlussfolgerung im Bericht benötigen solche Regionen Investitionen und Unterstützung, damit die derzeitigen Entwicklungen in Form einer schrittweisen Verbesserung des Kompetenzniveaus, der Innovationsaktivitäten, des Grundkapitals und der Arbeitsproduktivität nicht stagnieren oder sich gar umkehren. Polen und Rumänien waren die ersten Ländern, in denen die regionale Aufholinitiative als Pilotversuch durchgeführt wurde, gefolgt von Kroatien und der Slowakei.

Die Initiative wird gemeinsam von den jeweiligen nationalen und regionalen Behörden, der Kommission und der Weltbank umgesetzt und steht einer Reihe von einkommensschwachen Regionen mit Fachwissen zur Seite. Als einkommensschwach gelten alle Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP in Kaufkraftstandards unter 50 % des EU-Durchschnitts. An der Durchführung der Pilotphase der Initiative in Rumänien war auch die Gemeinsame Forschungsstelle der EU beteiligt.

Die gebotene Unterstützung umfasst ein breites Spektrum an Politikbereichen, darunter Strategien zur intelligenten Spezialisierung sowie die Unternehmensförderung, die Raumplanung, die wirtschaftliche Verwertung von Forschungsergebnissen und die allgemeine und berufliche Bildung. Sämtliche Unterstützungsmaßnahmen werden individuell auf die teilnehmenden Länder oder Regionen zugeschnitten, sodass sie bestehende Strategien und Programme ergänzen. Darüber hinaus reagiert die Initiative auf die politischen Empfehlungen, die in einer Untersuchung der strukturellen Probleme im Rahmen des Europäischen Semesters ausgesprochen wurden.

Ein praktischer Ansatz

Ziel der regionalen Aufholinitiative ist, praktische Ergebnisse zu erzielen, die dazu beitragen könnten, die Strukturreformen in den ausgewählten Politikbereichen schneller voranzutreiben, anstatt lediglich Empfehlungen zu geben. Die Initiative bietet Beratung zu politischen, rechtlichen und administrativen Fragen in Kombination mit ausgeprägten Kompetenzen beim Kapazitätsaufbau und der Projektgestaltung, um den Regionen bei der Steigerung ihrer Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu helfen. Sie stellt überdies neue Möglichkeiten zur Umsetzung der Kohäsionspolitik sowie von Investitionsprioritäten und administrativen Prozessen bereit.

Durch das Kooperationsmodell der Initiative wurden bereits Fortschritte bei der Überwindung von Engpässen erzielt, die üblicherweise die Anwendung der EU-Mittel beeinträchtigen. Es gibt Hinweise darauf, dass die Bereitstellung der Mittel durch die europäischen Struktur- und Investitionsfonds zügiger und effizienter vonstattengeht – dank der regionalen Aufholinitiative. Dies trug außerdem dazu bei, die Projektauswahlkriterien und die Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen wie auch die Projektvorbereitung und -bewertung zu verbessern, die Verwaltungskapazitäten auszubauen und eine stärkere Zusammenarbeit zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor zu fördern.

In der regionalen Aufholinitiative vereinen sich verschiedene innovative Ansätze. Beispielsweise wurden Beurteilungen von Fachkollegen aus dem Wissensaustauschsystem TAIEX herangezogen, um ähnliche, in anderen europäischen Ländern durchgeführte Projekte zu erkunden und sich genauer über sie zu informieren.

Schließlich bietet die Initiative ein einzigartiges Umfeld der Zusammenarbeit, in dem Regierungsstellen, regionale und lokale Behörden, die Kommission, internationale Finanzierungseinrichtungen und andere Interessengruppen ihr strategisches und operatives Wissen über organisatorische und territoriale Grenzen hinweg austauschen können. Diese engen Beziehungen fördern die Lösung von Problemen infolge von Wissenszersplitterung und Komplexität sowie unzureichenden Verwaltungskapazitäten in einigen Gebieten, in denen EU-Mittel eingesetzt werden.

mit zielgerichteten Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in dem entlegenen Bezirk Snina, in deren Rahmen man auch das Fremdenverkehrspotenzial des Nationalparks Poloniny stärker nutzen wollte. Weitere Maßnahmen konzentrierten sich auf die Verbesserung der Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden und die Einrichtung einer neuen Plattform für Geodaten (siehe Kasten). Die Region erarbeitete darüber hinaus einen neuen Ansatz zur Förderung ihres schulischen und beruflichen Bildungssystems, mit dem sie die Verbindungen zwischen lokalen Unternehmen und weiterführenden Schulen stärkte.

Milan Majersky, Präsident der Region Prešov, erläutert: „Die Zusammenarbeit der internationalen Fachleute mit der Region hörte ja nicht bei den Analysepapieren auf – diese Initiative war ein Impulsgeber für dringend nötige Veränderungen.“



Impulsgeber für Veränderungen

Nach Erfolgen im Ausland schloss sich die slowakische Region Prešov der regionalen Aufholinitiative an, um eine Reihe spezifischer Herausforderungen zu bewältigen. Die Arbeit begann

“ Für die Weltbank war es eine Ehre, in Partnerschaft mit der Europäischen Kommission an der regionalen Aufholinitiative mitzuwirken. Wir schätzen insbesondere den systematischen Wissensaustausch in Echtzeit unter regionalen Kolleginnen und Kollegen, die sich mit strukturellen Hindernissen und tragfähigen Lösungen befassen. Die Initiative bot zudem eine einzigartige Gelegenheit, das globale Lernen auf dem Gebiet der raumbasierten Entwicklungspolitik zu fördern, und wir hoffen, dass wir die Erkenntnisse zum Nutzen armer Länder weltweit einsetzen können. ”

Arup Benerji, Regionaldirektor für die Länder der Europäischen Union, Weltbankgruppe

PREŠOV STARTET EIN GEODATENPORTAL

Die Region Prešov betreibt jetzt ein hochmodernes Geodatenportal, über das Benutzerinnen und Benutzer auf öffentliche Informationen zugreifen können. Die regional-räumliche offene Datenplattform, die mithilfe von Experten der Weltbank entwickelt wurde, unterstützt die Analyse- und Entscheidungsfindungsprozesse der Region.

Das Portal GeoPresov (<https://geopresovregion.sk>) ist allgemein und kostenfrei zugänglich. Es bietet Informationen zu regionalen und lokalen Diensten, unter anderem in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Immobilien, Kulturerbe, Unternehmen, Rettungsdienste und Bildung.

Ein Team vor Ort wurde für die Dateneingabe und die Verwaltung des Portals geschult; Vertreterinnen und Vertreter der Region Prešov lernten während eines Studienaufenthalts in der Bretagne, Frankreich, wie ein Geoportal betrieben und gewartet wird. Andere politikbereichsbezogene Abteilungen der Regionalverwaltung sind somit in der Lage, mithilfe integrierter Datensätze Entscheidungen über künftige Investitionen in der Region zu treffen.



Im darauffolgenden Jahr wurde die regionale Aufholinitiative auf die Nachbarregion Banská Bystrica ausgeweitet. Hier liegt der Schwerpunkt auf nachhaltiger Mobilität und dem Aufbau eines integrierten Verkehrssystems sowie auf der Förderung des Potenzials lokaler Unternehmen im Bereich FuE und der Verbesserung der Sozialfürsorge für ältere Menschen. Mit Blick auf die bewährten Praktiken des Nachbarn ergreift auch diese Region Maßnahmen, um Schulabsolventinnen und -absolventen für den Kompetenzbedarf lokaler Arbeitgeber bereit zu machen.

Intelligente Strategien

Die erste Phase der regionalen Aufholinitiative in Rumänien bezog sich überwiegend auf Innovationsstrategien zur intelligenten Spezialisierung (RIS3) in den Regionen Nordost und Nordwest. Zu den wichtigsten Ergebnissen zählten:

- › eine umfassende Bestandsaufnahme der aktuellen Situation bei der Entwicklung und Umsetzung im Bereich RIS3;
- › die Konzipierung von RIS3-Strategien und -Aktionsplänen auf der Grundlage von unternehmerischen Entdeckungsprozessen;
- › die Entwicklung spezieller RIS3-Führungsstrukturen in beiden Pilotregionen;
- › die Ausarbeitung einer effektiven Projektpipeline.

In Anbetracht des Erfolgs dieser Schritte wurden EU-Finanzmittel in Höhe von 50 Mio. EUR aus dem regionalen operationellen Programm des Landes neu zugewiesen, um mehrere Projekte für intelligente Spezialisierung in den beiden Regionen zu fördern.

Die regionale Aufholinitiative wird derzeit auf alle rumänischen Regionen ausgeweitet, wobei der Bereich RIS3 einen wesentlichen Schwerpunkt bildet.

Um die entstandene Dynamik zu erhalten und auf den Ergebnissen aufzubauen, wurden Ressourcen aus verschiedenen EU-finanzierten Programmen gebündelt, sodass die Ergebnisse von Initiativen einer zügigen Finanzierung zugeführt werden konnten.

Kroatien befindet sich noch im Frühstadium der Einleitung von Maßnahmen über die regionale Aufholinitiative. Sie werden in fünf Verwaltungsbezirken im Osten des Landes durchgeführt: Vukovar-Srijem, Požega-Slawonien, Osijek-Baranja, Brod-Posavina und Virovitica-Podravina.

Priorität hat dabei die Ermittlung effektiverer Möglichkeiten der Verwendung der EU-Struktur- und Investitionsfonds. Zu diesem Zweck arbeitet das kroatische Ministerium für Regionalentwicklung an einem Projekt unter der Leitung der Weltbank mit. Ziel ist, die Wirkung des derzeitigen Finanzierungszeitraums für EU-Fonds zu maximieren und zugleich einen strategischen

WIRTSCHAFTLICHE NUTZUNG VON FORSCHUNGSERGEBNISSEN IN RUMÄNIEN



Rumänische Hochschuleinrichtungen und Organisationen der öffentlichen Forschung benötigen Unterstützung, um ihre Innovationen auf den Markt zu bringen. Durch die regionale Aufholinitiative werden Anstrengungen unternommen, die Kapazitäten für den Technologietransfer auszubauen und das Niveau in Bezug auf die technologische Reife von FuE-Projekten in diesen Einrichtungen und Organisationen zu heben. Beispielsweise werden rechtliche Fragen zum geistigen Eigentum geklärt. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Anwendung der Vorschriften für staatlichen Beihilfen, wenn öffentliche Forschungsinfrastrukturen zu kommerziellen Zwecken genutzt werden.

Im Rahmen von Schulungen, die gemeinsam mit Forschungsteams aus den ersten beiden Regionen (Nordost und Nordwest) der regionalen Aufholinitiative organisiert wurden, konnten Projektanträge mit wirtschaftlichem Potenzial ermittelt werden. Zusätzliche 10 Mio. EUR aus dem regionalen operationellen Programm wurden für die landesweite Einführung eines Programms bereitgestellt, das innovative KMU dabei unterstützt, die wirtschaftliche Tragfähigkeit ihrer Ideen zu prüfen und zu verbessern („Konzeptnachweis“).

Künftig werden Forschende voraussichtlich auch spezialisierte Beratung in Anspruch nehmen können, um ihre Projekte besser für den Markt bereit zu machen.

KARPATENVORLAND ERSCHLIESST FUE-POTENZIAL

Das Innovationszentrum Karpatenvorland (PCI), das im Rahmen der regionalen Aufholinitiative entwickelt wurde, unterstützt die Region dabei, die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen zu stärken und aus den eigenen wissenschaftlichen und unternehmerischen Fähigkeiten Kapital zu schlagen. Es bietet Wissenschaftlern und Ingenieuren aus drei verschiedenen lokalen Hochschulen Zugang zu qualitativ hochwertigen Forschungs- und Entwicklungsmitteln – und zu relevantem Fachwissen.

Das Innovationszentrum hilft den vielversprechendsten FuE-Projekten an lokalen Hochschulen, ihr Technologie- und Marktpotenzial zu entfalten. Am Innovationszentrum können Forschende mit Unterstützung von Wissenschafts- und Wirtschaftsexperten an der Prototypenentwicklung arbeiten. Darüber hinaus stellt das Zentrum kommerzielle FuE-Dienste für lokale Unternehmen bereit, die zur Verwirklichung ihrer Ideen zusätzliche Hilfe benötigen. Durch Bestandsaufnahmen der wissenschaftlichen Infrastruktur lokaler Hochschulen im Rahmen der regionalen Aufholinitiative gelangten Firmen zu einem besseren Verständnis, wie sie diese für kommerzielle Vorhaben nutzen können.

Um zu sehen, wie Technologietransfers andernorts funktionieren, wurden mehrere Studienreisen organisiert: zum Toulouse Tech Transfer in Frankreich, zur Aalto Design Factory in Finnland und zur Katholischen Universität Löwen in Belgien.

Das langfristige Ziel des Innovationszentrums Karpatenvorland besteht darin, das Potenzial des FuE-Ökosystems vor Ort auszuschöpfen und die auf vergleichsweise geringem Niveau stattfindende Zusammenarbeit zwischen lokalen Unternehmen und Hochschulen zu fördern.



Ansatz für die Förderung im Zeitraum 2021-2027 einzuführen. Dies könnte einen Anstoß für Initiativen in unterschiedlichen Sektoren liefern, zum Beispiel in der Landwirtschaft, der Lebensmittel- und Metallverarbeitung, der Bildung und Innovation, der sozialen Inklusion, bei den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), im Fremdenverkehr und im Bereich der ausländischen Direktinvestitionen.

Weitere Prioritäten für die regionale Aufholinitiative in Kroatien umfassen den Aufbau von Kapazitäten in lokalen und regionalen Regierungsbehörden sowie die Verringerung der Abwanderung in einigen östlichen Bezirken durch neue Arbeitsplätze und wirtschaftliche Förderung.

Neue Wege beschreiten

Mit der ursprünglichen Einführung in diesen vier Ländern konnte die regionale Aufholinitiative viel Positives bewirken. Die zusätzliche Unterstützung und technische Hilfe bei der Projektvorbereitung wurden von den Verwaltungsbehörden und den Projektbegünstigten gut aufgenommen. Aus den gewonnenen Erkenntnissen lassen sich wertvolle Anhaltspunkte für die Vorbereitung der Kohäsionspolitik nach 2020 ableiten.

Dem Generaldirektor für Regionalpolitik und Stadtentwicklung Marc Lemaître zufolge schuf die regionale Aufholinitiative Raum für Kreativität und Innovation bei der Politikgestaltung sowie Möglichkeiten der Erprobung neuer Ansätze innerhalb der Kohäsionspolitik – abseits gängiger oder gewohnheitsmäßiger Verfahren.

„In dieser Hinsicht wird von allen Beteiligten ein großes Maß an Offenheit, Entschlossenheit und Mut verlangt, neue Wege zu beschreiten“, so Marc Lemaître. „Die erfolgreichsten Pilotprojekte sind so weitgehend wie nur möglich in nationale und regionale Programme eingebunden, in deren Rahmen sie durchgeführt werden. Ganz allgemein hat die regionale Aufholinitiative gezeigt, dass wir Hindernisse, die der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Weg stehen, durch strukturelle Reformen auf regionaler und lokaler Ebene überwinden können.“

MEHR DAZU

<https://europa.eu/!GW33Kn>

MEDIENPROGRAMM YOUTH4REGIONS

Hier wird ein weiterer Artikel des YOUTH4REGIONS Blogging-Wettbewerbs für junge Journalistinnen und Journalisten vorgestellt.

Das Medienprogramm Youth4Regions unterstützt die Entwicklung des journalistischen Nachwuchses im Bereich der Regionalpolitik. Es ermutigt die jungen Europäerinnen und Europäer dazu, über EU-finanzierte Projekte zu kommunizieren.



CITIES-Forum 2020: lokale Probleme erfordern lokale Lösungen

Iskra Tsankova präsentiert die Höhepunkte ihres Besuchs auf dem CITIES-Forum in Porto, Portugal, das Ende Januar 2020 stattfand.

Nachhaltigkeit bedeutet, die Umwelt nur möglichst geringfügig oder gar nicht zu beeinträchtigen und somit langfristig für Kontinuität zu sorgen. Das unlängst zu Ende gegangene CITIES-Forum führte vor, wie sich Städte dank der Kohäsionspolitik in diese Richtung verändern.

Die jüngste Ausgabe dieser zweijährlichen Veranstaltung wurde von der Stadt Porto ausgerichtet und kam auf knapp 800 Teilnehmende aus ganz Europa. Vor Ort ließ sich jedoch der Eindruck gewinnen, an etwas deutlich Größerem teilzuhaben – hier wurden Menschen aus verschiedenen Teilen Europas zusammengebracht und unter demselben Ziel vereint: der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Mitgliedstaaten bei gleichzeitigem Eingehen auf die Bedürfnisse der Regionen.

Darüber hinaus bot die Veranstaltung eine Gelegenheit, sich darüber zu informieren, wie die Europäische Kommission in Bereichen wie dem Klimawandel, der Digitalisierung und der Kreislaufwirtschaft besser mit den Städten zusammenarbeiten kann.



Iskra Tsankova arbeitet derzeit an ihrem Bachelor in Journalismus und Massenmedien.

Sie arbeitet als Medienanalytikerin und war zuvor als Reporterin tätig. Iskra Tsankova interessiert sich bereits

seit Jahren für den Bereich der internationalen Beziehungen, insbesondere mit Blick auf die EU und deren Politik.

Ich bin in der bulgarischen Hauptstadt Sofia geboren und aufgewachsen, habe dort in den letzten zwei Jahren als Journalistin gearbeitet und kann mich gut an zahlreiche Probleme im Land erinnern, bei denen im Laufe der Zeit Entwicklungsmaßnahmen erforderlich waren. Dazu zählen unter anderem die nötige Integration von Infrastruktur und städtischem Verkehr und ein Bedarf an Investitionen in diesem Bereich. Der Europäischen Kommission ist das keineswegs entgangen.

Auf dem CITIES-Forum waren viele Beispiele erfolgreicher Projekte zu sehen, die dank einer Finanzierung durch die Kohäsionspolitik und die Städteagenda für die EU umgesetzt werden konnten. Eines davon war die zweite Phase des integrierten Stadtverkehrs in Sofia, die auf den in Phase 1 erzielten Ergebnissen aufbaut. Für die Stadt wird so ein System des integrierten öffentlichen Verkehrs geschaffen, das umweltfreundlich und kostengünstig ist. Die EU erkannte hier ein alltägliches Problem der Bürgerinnen und Bürger von Sofia als vorrangiges Anliegen und stellte folglich entsprechende Finanzmittel bereit.

An diesem lokalen Problem in Sofia lässt sich gut zeigen, wie die Kohäsionspolitik und die Städteagenda der EU wirklich funktionieren und welche Maßnahmen nötig sind, um die Bedürfnisse der Menschen in allen EU-Mitgliedstaaten zu erfüllen.

Wie Elisa Ferreira, die EU-Kommissarin für Kohäsionspolitik und Reformen, während ihrer Teilnahme auf dem CITIES-Forum betonte, verlangen lokale Probleme nach lokalen Lösungen. Die Europäische Union möchte auf diesem Gebiet einen kohärenteren, weniger fragmentierten Ansatz verfolgen. Dafür muss jede Strategie künftig einem Hauptziel dienen. Im Rahmen des integrierten Stadtverkehrsprojekts in Sofia stellen

die nachhaltige multimodale Mobilität im städtischen Raum, digitale Lösungen sowie die integrierte Entwicklung städtischer Gebiete die wichtigsten Ziele dar.

Nach Ansicht der Kommissarin sollten die Mittel direkt in die Städte fließen, um die regionale Entwicklung anzutreiben. Doch die Finanzierung allein ist nicht der wichtigste Faktor – entscheidend ist die Verankerung einer Vorgehensweise, die Ergebnisse liefert, und genau dies führte das CITIES-Forum 2020 vor Augen.

Nachhaltigkeit lässt sich auch als sozialökologischer Prozess definieren, der durch das Eintreten für ein gemeinsames Ideal gekennzeichnet ist. Das Ideal des CITIES-Forums besteht in der Schaffung einer nachhaltigen urbanen Zukunft durch die Städte. Die regionale Entwicklung bildet den Kern der globalen Entwicklung. Veranstaltungen wie diese tragen wesentlich dazu bei, die Modernisierung der EU-Mitgliedstaaten zu fördern – bei gleichzeitiger Bewahrung dessen, was wichtig ist: die Umwelt und die gewachsene Kultur. ■

MEHR DAZU

https://ec.europa.eu/regional_policy/de/conferences/cities_forum_pt/

CITIES-Forum 2020: Kommissarin Elisa Ferreira beantwortet gemeinsam mit Karl-Heinz Lambertz, Präsident des AdR, und Jan Olbrycht, MdEP, Fragen aus dem Publikum





Ungarn: Eine gerechtere, intelligentere Zukunft vor Augen

Ungarisches Parlament, Budapest

Ungarn zeichnet sich durch eine reiche Landschaft und ein vielfältiges kulturelles Erbe aus. Die Investitionen der EU dienen der Bewahrung dieser besonderen Eigenschaften, während die Mittel des Kohäsionsfonds darüber hinaus darauf ausgerichtet sind, das Land in Bezug auf seine digitalen Innovationen und seinen Energiemix zu modernisieren.

Mit einer Fläche von rund 93000 Quadratkilometern ist Ungarn ein Binnenland im Herzen Europas. Im Osten grenzt es an Rumänien, im Südwesten an Kroatien und Slowenien, im Westen an Österreich und im Norden an die Slowakei. Zudem hat Ungarn gemeinsame Grenzen mit den Nicht-EU-Ländern Serbien (im Süden) und der Ukraine (im Nordosten).

Die Geografie des Landes wird durch zwei große Flüsse bestimmt, die Theiß und die Donau. Transdanubien, wörtlich „Land jenseits der Donau“, ist die hügelige Region im Westen Ungarns, die mit dem Plattensee über den größten See in Mitteleuropa verfügt. Im östlichen Teil des Landes dominieren Europas weitläufigste natürliche Graslandschaft, die Große Ungarische Tiefebene, sowie Gebirge im Norden. Die Hauptstadt Budapest liegt in Mittelungarn.

Neben zehn Nationalparks befinden sich in Ungarn über 35 Landschaftsschutzgebiete, das größte Thermalwasser-Höhlensystem der Welt und der zweitgrößte von Thermalquellen gespeiste Badesee. Die berühmten Thermalbäder ziehen alljährlich Millionen Besucher an.

Von den insgesamt 9,77 Millionen Einwohnern des Landes sind schätzungsweise 7 % Roma. Die Integration dieser Gemeinschaften, die auf eine Geschichte der Verfolgung zurückblicken, ist von vorrangiger Bedeutung für Ungarn und die EU.

Die wesentlichen Industriezweige des Landes umfassen die Landwirtschaft und die Lebensmittelverarbeitung, die Pharmaindustrie, die Automobilindustrie, den Maschinenbau, die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und die Herstellung elektrischer Geräte. Weitere wichtige Sektoren sind der Groß- und Einzelhandel, das Verkehrswesen und der Tourismus. Die Landeswährung ist derzeit noch der ungarische Forint (HUF), es laufen jedoch die Vorbereitungen für die Einführung des Euro.

Ungarns Wirtschaft ist exportorientiert, mit Schwerpunkt auf dem Außenhandel. Der internationale Handel mit anderen Ländern der EU macht 82 % der Exporte aus, ein Drittel davon fällt auf Deutschland.

Zwischen 2003 und 2017 wuchs Ungarns Pro-Kopf-BIP um 57 %. Die Arbeitslosigkeit wird erfolgreich unter Kontrolle gehalten; mit einer Arbeitslosenquote von 3,4 % liegt Ungarn deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 6,2 % im Jahr 2019.

Den Abstand zwischen den Regionen verringern

Bei allen Regionen mit Ausnahme Mittelungarns liegt das Pro-Kopf-BIP unter 75 % des EU-Durchschnitts, was bedeutet, dass der Lebensstandard außerhalb von Ungarns Großstädten im EU-Vergleich niedrig sind. Besonders im Südwesten und Osten des Landes sind niedrige BIP- und Wachstumszahlen zu verzeichnen.

Im Jahr 2013 war ein Drittel (34 %) der Bevölkerung von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Die Integration marginaler Gemeinschaften wie der Roma und die Überwindung der territorialen Ungleichheiten im Land sind wichtige Ziele.

Seit 2004 wurden über die europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) 55,2 Milliarden EUR in Ungarn investiert. Die im Rahmen der Kohäsionspolitik bereitgestellten Finanzmittel flossen überwiegend in die weniger entwickelten Regionen.

Parallel dazu wurden durch Mittel aus den ESI-Fonds Arbeitsplätze geschaffen und regionale Ungleichheiten verringert.

Bis zum Jahr 2020 werden voraussichtlich mehr als 280 000 Menschen – darunter geringqualifizierte und marginalisierte Gruppen – aus dem ESI-Fonds finanzierte Beschäftigungsinitiativen zugutekommen. 7 000 Migranten und Angehörige von Minderheiten, einschließlich der Roma, werden, so die Hoffnung, Unterstützung durch Programme zur sozialen Entwicklung erfahren haben.

In den Jahren nach 2020 wird es für Ungarn notwendig sein, seine Wirtschaft an die Globalisierung anzupassen und eine hohe Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Die Kommission hat Ungarn dazu aufgerufen, seine Investitionspolitik auf die folgenden Bereiche zu konzentrieren: eine CO₂-arme Energie- und Verkehrswirtschaft, Forschung und Innovation, Entsorgungsinfrastrukturen sowie Energie- und Ressourceneffizienz.

Intelligente und umweltfreundliche Initiativen

Bislang trat Ungarn als mäßig innovatives Land in Erscheinung. Die Kommission schlägt vor, 35% der für Ungarn vorgesehenen Mittel der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2021–2027 zur Förderung von Innovation und intelligenter Umgestaltung bereitzustellen. Dadurch werden der Einsatz digitaler Lösungen und die Entwicklung innovationsbezogener Fähigkeiten unterstützt. Mit einer größeren Zahl ungarischer Pionierunternehmen steigt auch die Zahl an Forschungsergebnissen, die in neue Produkte und Dienstleistungen umgewandelt werden können.

Bei der Breitbandabdeckung zeigen sich bereits Verbesserungen: Eine Million zusätzliche Haushalte erhielten seit 2013 dank der ESI-Fonds einen Breitbandanschluss. Besondere Aufmerksamkeit erfordert der elektronische Geschäftsverkehr, da weder die

Verbraucherinnen und Verbraucher des Landes noch die Unternehmen diese Geschäftsmöglichkeit voll ausschöpfen. Hier sollten verstärkte Investitionen in die Digitalisierung erfolgen.

Die gegenwärtige Wirtschaft ist relativ energieintensiv, daher müssen die Effizienz und der Übergang zu erneuerbaren Energien verbessert werden. Die Kommission schlägt vor, 30% der für Ungarn vorgesehenen Mittel der Kohäsionspolitik für die Förderung umweltfreundlicherer Lösungen bereitzustellen – etwa durch den Austausch veralteter, mit fossilen Brennstoffen befeuerter Heizkessel und den Ausbau nachhaltiger und barrierefreier Verkehrsträger, unter anderem in den Bereichen des öffentlichen Verkehrs, der Binnenwasserstraßen und des aktiven Verkehrs (Fahrradfahren, Laufen).

Das Land unternimmt bereits Anstrengungen, sein reiches Naturerbe zu bewahren und seine Umweltleistung zu steigern, jedoch ist weitere Unterstützung erforderlich. Verbesserte Maßnahmen der Zusammenarbeit mit Nachbarländern dürften den Umweltschutz stärken, insbesondere zugunsten der großen Flüsse Ungarns, und dabei auch der sozialen und kulturellen Entwicklung zuträglich sein.

Die Mittel des Kohäsionsfonds werden auch weiterhin Möglichkeiten für benachteiligte Gruppen eröffnen, darunter Kinder, die marginalisierten Gemeinschaften der Roma und Menschen mit Behinderungen. Die Kommission schlägt vor, bei der territorialen Entwicklung einen ganzheitlicheren Ansatz zu wählen und in neue Maßnahmen zur Überwindung von Vorurteilen zu investieren.

Ungarn ist in einer guten Position, um sich die Verbindungen mit den umliegenden Ländern nutzbar zu machen; die Strategie für den Donaauraum wie auch die grenzüberschreitenden Interreg-Projekte mit Serbien weisen hier die Richtung. Durch seine Geschichte ist Ungarn mit anderen mittel- und osteuropäischen Ländern verbunden, doch seine Zukunft wird es mit dem globalen Markt vernetzen. ➤

Ungarns forschungsbasierter Pharmasektor ist eine treibende Kraft für medizinischen Fortschritt und Innovation im ganzen Land



Ungarns ambitionierte Pläne stützen sich auf ein solides Fundament



László Palkovics, Ungarns Minister für Innovation und Technologie, blickt auf den nächsten Programmplanungszeitraum, in dem das Land das Hauptziel verfolgt, die wirtschaftliche und soziale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Was genau möchte Ungarn im Zeitraum 2021-2027 erreichen? Und wo liegen die wichtigsten Investitionsbereiche für diesen Zeitraum?

Wir bauen auf den Ergebnissen und Erfahrungen des aktuellen Programmplanungszeitraums auf, wobei man berücksichtigen muss, dass die wirtschaftliche und soziale Landschaft Ungarns in den letzten Jahren große Veränderungen erlebt hat. Förderungen durch die EU haben dazu erheblich beigetragen.

Unser übergeordnetes Ziel für den Zeitraum 2021-2027 besteht darin, die Wettbewerbsfähigkeit Ungarns auf wirtschaftlicher wie auch sozialer Ebene zu steigern. Ein ambitioniertes Europa erfordert einen ambitionierten Haushalt.

„Auf der Grundlage der Regierungsstrategien streben wir sechs Ziele an:„

- › die Produktivität und Innovationsfähigkeit ungarischer KMU steigern, sodass sie sich im internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb als wichtige Akteure etablieren können;
- › die Beschäftigungsquoten wie auch die Produktivität und die Arbeitsbedingungen verbessern;

- › in die Infrastruktur investieren, was insbesondere Vorteile für die Wettbewerbsfähigkeit mit sich bringen wird;
- › die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit benachbarten Regionen verstärken;
- › Forschung, Entwicklung und Innovation in den Mittelpunkt rücken;
- › eine breite Nutzung erneuerbarer Energien ermöglichen und den Übergang zu einer ökologischeren, CO₂-armen Industrie fördern – und somit die Weichen für eine Kreislaufwirtschaft zur Bekämpfung des Klimawandels stellen.

Wo sind Ihrer Ansicht nach Entwicklungsmöglichkeiten bisher ungenutzt geblieben und was werden Sie im bevorstehenden Zeitraum diesbezüglich und auch im Hinblick auf die anhaltenden regionalen Ungleichheiten unternehmen?

Ungarn setzte im Zeitraum 2014-2020 eine erfolgreiche Entwicklungspolitik um. Die Regierung verwendete 60 % der Finanzmittel für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und die Unterstützung von KMU. Die Ergebnisse sprechen

für sich: Zwischen 2010 und 2018 verzeichneten die KMU in Ungarn einen schnelleren Zuwachs der Produktivität als jeder andere Visegrád-Staat. Die EU-finanzierten Investitionen dürften wohl der Hauptgrund für das Produktivitätswachstum sein.

Es wurde eine Vielzahl innovativer Methoden eingeführt. Die Umsetzung von Projekten wird durch ein neues System der Vorabfinanzierung sichergestellt. Dadurch gewinnen die Antragstellenden größere Flexibilität und sind weniger auf Banken angewiesen. Finanzsicherheiten sind nicht zwingend erforderlich und es besteht die Möglichkeit der Zurückstellung des Eigenbeitrags, wodurch sich die Liquidität der Antragstellenden weiter verbessern kann.

Verwaltungsaufgaben wurden vereinfacht. Die Gesetzgebung, die 24 verschiedene Gesetze umfasst, wurde in ein einheitliches Regierungsdekret übertragen, und das gesamte System zur Unterstützung wurde neu reguliert.

Ungarn belegt unter den Visegrád-Staaten beim Einsatz von EU-Fördermitteln den ersten Platz, hat bereits 43% seines gesamten Finanzrahmens aufgenommen und steht damit über dem EU-Durchschnitt von 39%.

“ ... zwischen 2010 und 2018 verzeichneten die KMU in Ungarn einen schnelleren Zuwachs der Produktivität als jeder andere Visegrád-Staat. Die EU-finanzierten Investitionen dürften wohl der Hauptgrund für das Produktivitätswachstum sein. ”

Obwohl Ungarn zu den EU-Ländern mit den besten Wachstumsraten zählt, schlägt es unter den Mitgliedstaaten immer noch mit dem fünftgrößten Entwicklungsrückstand zu Buche. Seine Entwicklungsrate beläuft sich auf 69% des durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP in der EU. Zudem ist Ungarn einer von nur zwei Mitgliedstaaten, deren Regionen in Bezug auf das Entwicklungsniveau in der Mehrzahl unter 50% des EU-Durchschnitts liegen. Das ist einer der Gründe, warum wir weiterhin die Ansicht vertreten, dass die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Verringerung der Mittel des Kohäsionsfonds im mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 nicht akzeptabel ist. Die Verringerung regionaler Ungleichheiten ist eine große Herausforderung, der wir mit komplexen Entwicklungsmaßnahmen und beträchtlichen Investitionen begegnen müssen, um unsere Ziele zu erreichen.

Wo sehen Sie die wichtigsten Herausforderungen für das Land hinsichtlich einer CO₂-neutralen Wirtschaft, sauberer Energie und nachhaltiger Verkehrssysteme?

Die Regierung möchte erreichen, den Verbraucherinnen und Verbrauchern saubere und intelligente Energie zu erschwinglichen Preisen zu bieten. Dazu verfolgen wir mehrere Hauptziele: Die Stärkung der Energieversorgungssicherheit, die Umgestaltung des Energiesektors im Sinne der Klimafreundlichkeit

sowie die Anregung von Innovationsmöglichkeiten, die für die wirtschaftliche Entwicklung wichtig sind.

Darüber hinaus streben wir an, Ungarns Strom aus zwei Quellen zu erzeugen: der Kernenergie und erneuerbaren Energiequellen; in Bezug auf letztere sind das überwiegend Solarkraftwerke. Durch die gemeinsame Nutzung von Sonnen- und Kernenergie wird Ungarns Stromerzeugung im Jahr 2030 zu 90% ohne CO₂-Emissionen auskommen. Die Stromimporte Ungarns werden bis 2040 vom heutigen Durchschnitt von über 30% auf unter 20% sinken.

Außerdem wollen wir die Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zum Niveau des Jahres 1990 um mindestens 40% senken. Wir verpflichten uns, den Anteil an erneuerbaren Energien von gegenwärtig 14% bis zum Jahr 2030 auf mindestens 21% zu erhöhen. Es geht uns darum, eine ökologischere Energiewirtschaft zu gestalten und dabei auch die Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Fernwärme zu verbessern.

Umweltfreundlichere Verkehrssysteme sind der Schlüssel zur Erreichung der Klimaziele. Beim Ausbau der Elektromobilität in der Region steht Ungarn an der Spitze – mit landesweit 672 Ladestationen und über 14 000 für den Straßenverkehr zugelassenen Fahrzeugen mit grünem Nummernschild.

Wie beurteilen Sie die Leistung und Einbindung der ungarischen Wirtschaft in einem internationalen Zusammenhang?

Hinsichtlich der Innovationsleistung bildet Ungarn im jährlichen Europäischen Innovationsanzeiger der Europäischen Kommission eines der Schlusslichter, gefolgt von den anderen „mäßig innovativen“ Ländern Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Polen und Lettland. Alle Visegrád-Staaten fallen in diese Kategorie.

Ungarn konnte in den letzten Jahren ein außerordentliches Wachstum verzeichnen. Beim Pro-Kopf-BIP erreichte es im Jahr 2018 70% des EU-Durchschnitts und sein durchschnittliches Wachstum pro Jahr beträgt 4%. In der Herbstvorausschätzung 2019 der Europäischen Kommission wurde ein voraussichtlicher Rückgang des gesamtstaatlichen Defizits von 2,3% des BIP im Jahr 2018 auf 1,8% des BIP im Jahr 2019 prognostiziert. Diese Verbesserung beruht vorwiegend auf einer leichten Erhöhung der laufenden Ausgaben im Verhältnis zum BIP.

Den neuesten Daten zufolge förderten schließlich auch die Nettoexporte das Wachstum des BIP (im dritten Quartal 2019). Die Ausweitung der Investitionen ist auf den Kapazitätsaufbau im Bausektor und in der Verarbeitungsindustrie zurückzuführen, gleichzeitig lässt sich ein anhaltender positiver Beitrag der Nettoexporte zum Wachstum des BIP beobachten. ■

Wegweiser in der Laserwissenschaft

Das Projekt Extreme Lichtinfrastruktur (ELI) ist ein bahnbrechendes Vorhaben zur Förderung der nationalen und europäischen Forschung mittels einer international anerkannten Forschungsinfrastruktur, die Fachleuten aus akademischen und privaten Wissenschaftsbereichen sowie aus dem Wirtschaftssektor offensteht. Im Jahr 2006 wurde es vom Europäischen Strategieforum für Forschungsinfrastrukturen als eines der Projekte mit höchster Priorität für die Forschungsinfrastruktur in Europa identifiziert. Das Projekt hat dazu beigetragen, die Abwanderung von Fachkräften rückgängig zu machen. Durch das Angebot von Spitzenpositionen in der Forschung wurden lokale Forschende zum Bleiben bewegt und Experten aus anderen Ländern gewonnen.



PROJEKTKOSTEN:
130 Mio. EUR

EU-FÖRDERUNG:
120 Mio. EUR
(100% EFRE)

Das zentrale Ziel des ELI-ALPS-Projekts – der ungarischen Säule dieser paneuropäischen Laserinfrastruktur – ist die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und die Untermauerung der Führungsposition der europäischen Laserwissenschaft mittels modernster Laserforschungseinrichtungen. So gewährleistet das Vorhaben, dass Europa auf dem Gebiet der Hochtechnologie-Forschung seine Führungsrolle behält.

Das Projekt ist auch ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit: Die Tschechische Republik, Rumänien und Ungarn sind alle am Bau der ELI-Forschungseinrichtungen beteiligt. Im Rahmen des ELI-ALPS-Projekts wird in der Stadt Szeged eine laserbasierte Forschungsanlage errichtet, in der Lichtpulse von ein paar Zehntel-Attosekunden erzeugt werden können. Diese Pulse werden in der Grundlagen- und angewandten Forschung eingesetzt und sind notwendig, um elementare, in Atomen und Molekülen ablaufende Prozesse zu beobachten sowie die physikalischen Vorgänge von Licht-Materie-Interaktionen auf der Oberfläche von Feststoffen sichtbar zu machen.

<https://www.eli-alps.hu/>
<https://europa.eu/!DG74NV>

Solarmodule fördern die regionale Energieeffizienz



PROJEKTKOSTEN:
377 000 EUR

EU-FÖRDERUNG:
336 000 EUR
(89% EFRE)

Dank Finanzmitteln von fast 365 000 EUR errichtete das Direktorat Wasserwirtschaft der Region Mittelungarn-Theiß zwei kleine Sonnenkraftwerke am Standort Theiß II in Kisköre sowie an der Pumpstation Érfű in Abádszalók. Das Direktorat betreibt Ungarns größte wasserwirtschaftliche Anlage, den Wasserspeicher Kisköre (Tisza-tó). Das Wasserkraftwerk am Speichersee erzeugt Strom und ist Bestandteil der kritischen Infrastruktur des Landes. Ein reibungsloser Betrieb ist daher unerlässlich. Die beiden Sonnenkraftwerke sorgen dafür, dass die beiden

Standorte selbst bei einem längeren Stromausfall ununterbrochen weiterbetrieben werden können. Infolge dieser Maßnahme wurden 529 polykristalline Solarmodule auf dem Dach eines Lagerhauses in Kisköre installiert. Die dadurch gewonnene Energiekapazität deckt den jährlichen Stromverbrauch von rund 60 bis 70 Haushalten ab.

In Abádszalók installierte das Direktorat Wasserwirtschaft der Region Mittelungarn-Theiß unter Einsatz von Rammtechnologie 286 Solarmodule, die den Jahresverbrauch von 30 bis 40 Haushalten decken. Durch das Projekt wird die Region dabei unterstützt, den Verbrauch erneuerbarer Energien zu steigern und die Treibhausgasemissionen zu senken.

Hochschulen und Industrie beschreiten einen gemeinsamen Lernweg

Die Universität Miskolc ist eines von acht Kooperationszentren von Hochschulen und Industrie in Ungarn und bildet ein Konsortium mit BorsodChem, EMI Public Company for Quality Control and Innovation in Building, Robert Bosch Energy and Body Systems sowie Starters E-Components Generators Automotive Hungary.

Diese Zentren spielen eine wichtige Rolle für den Aufbau einer territorialen Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen, der lokalen Industrie und wirtschaftlichen Interessenvertretern. Dahinter steht die Absicht, den ungarischen Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationssektor wie auch die wirtschaftliche Nutzung von Innovationen zu fördern. Partnerschaften aus Industrie und Wirtschaft sorgen bei der Entwicklung der Studiengänge und Lehrpläne dafür, dass die Anforderungen der Wirtschaft Rechnung berücksichtigt werden. Die Hochschulen wiederum bieten Fachleuten aus der Industrie Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung.

Das an der Universität Miskolc angesiedelte Projekt „Kooperation zwischen Hochschule und Industrie – Entwicklung von Forschungsinfrastrukturen“ beläuft sich auf Kosten in Höhe von 17 Mio. EUR, wovon 14 Mio. EUR aus EU-Mitteln stammen. Das Zentrum fördert die industrielle Entwicklung in der Region durch den Ausbau der Forschungsinfrastrukturen im Bereich der modernen Werkstofftechnologien und der intelligenten Steuerungs- und Automatisierungssysteme. Es wird die Anforderungen der Industriepartner in Bezug auf FEI abbilden und mittels einer neuen Infrastruktur des Wissensaustauschs diesen Anforderungen Rechnung tragen. Das Projekt ist so angelegt, dass sich künftig weitere Partner dem Zentrum anschließen können.

<http://fiekprojekt.uni-miskolc.hu/> (nur in ungarischer Sprache)



PROJEKTKOSTEN:
18 Mio. EUR

EU-FÖRDERUNG:
12 Mio. EUR

(83% EFRE)

Künstliche Laichnester für heimische Fischarten

Dank EU-Unterstützung richtete die gemeinnützige Organisation Balaton Fish Management Non-Profit Ltd künstliche Laichgebiete für gefährdete Fischarten im Plattensee ein und kümmert sich um deren Instandhaltung. Die regenerierte Fauna des Sees eröffnet auch Möglichkeiten zum Süßwasserangeln. Im Rahmen des übergeordneten Projekts finden zusätzliche Forschungstätigkeiten statt, wie etwa die genetische Kartierung heimischer Arten und der Aufbau einer Genbank.

<http://balatonihal.hu/>



PROJEKTKOSTEN:
4 524 000 EUR

EU-FÖRDERUNG:
4 504 000 EUR

Wachsende Expertise in der Präzisionslandwirtschaft

PROJEKTKOSTEN:
6,5 Mio. EUR

EU-FÖRDERUNG:
2 Mio. EUR

(56 % EFRE)



Das Unternehmen KITE Agricultural Services erhielt gemeinsam mit der Universität Debrecen und dem Betrieb Balogh Farm, einem KMU im Agrarsektor, einen Zuschuss in Höhe von 3,6 Mio. EUR zur Entwicklung eines Systems für die Präzisionslandwirtschaft, das wirtschaftlich nachhaltig ist, sich einfach anwenden lässt und die Gewinne der Landwirte steigert. Zu den Vorhaben des Projekts zählt auch der Aufbau eines breiten Expertenwissens sowie eines Angebots der individuell zugeschnittenen Beratung in dem Bereich.

KITE, der federführende Projektpartner, ist dafür verantwortlich, die vorhandenen Präzisionstechniken auf dem Gebiet der Agrarwissenschaft und des Maschinenbaus zu verbessern, verlässliche Datenquellen bereitzustellen und die Verfahren zur Datenverarbeitung und -analyse zu automatisieren.

Die Universität Debrecen betreibt Forschung zur Präzisionslandwirtschaft, insbesondere zu Düngemitteln, und erarbeitet eine Schulungsmethode. Der Betrieb Balogh Farm stellt Land, Fachwissen und Geräte für die Forschungs- und Testverfahren zur Verfügung.

Im bisherigen Verlauf des Projekts wurde das wissenschaftliche Fundament für die Präzisionslandwirtschaft gelegt (einschließlich der Bestimmung mehrerer landwirtschaftlicher Parameter). Auf der Grundlage empirischer Forschung verglichen die Partner zudem die Auswirkungen traditioneller und präzisionslandwirtschaftlicher Verfahren auf die Anbaupflanzen (Weizen, Mais, Raps, Sonnenblumen und Sojabohnen). Anhand der Projektergebnisse erstellte das Forschungsteam Materialien für die Schulung.

Ökologische Erneuerung bringt die lokale Wirtschaft in Schwung

Das Viertel Libakert in Debrecen wurde zugunsten der wirtschaftlichen Wiederbelebung des Stadtteils einer ökologischen Sanierung unterzogen. Die umwelt- und familienfreundliche Erneuerung der Umgebung umfasste die Entwicklung von Infrastrukturen mit Schwerpunkt auf den Lebensbedingungen und der öffentlichen Sicherheit sowie die Unterstützung lokaler Unternehmen, um so die Wirtschaftstätigkeit in Libakert anzukurbeln. Das Projekt trägt zum übergeordneten Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Region bei. Im Mittelpunkt steht dabei, (junge) Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort zu halten und ihnen bessere Lebensbedingungen und Ausbildungs-/Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten.



PROJEKTKOSTEN:
710 000 EUR

EU-FÖRDERUNG:
630 000 EUR

(88 % EFRE)

Libakert war früher eine in die Jahre gekommene, schlecht instand gehaltene Gegend von Debrecen. Im Zuge des Projekts konnte jedoch die Zugänglichkeit des Stadtteils durch eine Fußgängerzone und die Schaffung von Parkmöglichkeiten verbessert werden. Die örtliche Bibliothek engagiert sich mit an die Allgemeinheit gerichteten Workshops und Seminaren. Zu den Themen gehören unter anderem umweltfreundliche Praktiken, der Aufbau von Personalressourcen, lokale Identität und öffentliche Sicherheit.

Darüber hinaus wurden im Rahmen des Projekts lokale Parks, Spielplätze und Sportplätze erneuert und Überwachungskameras installiert. Die Grünflächen in den Parks wurden aufgeräumt, neue Bäume und Büsche wurden gepflanzt und neue Bänke und Trinkbrunnen errichtet.

Nachhaltiger Stadtverkehr in Szeged gewinnt an Fahrt

Dieses nachhaltige Projekt im Bereich des öffentlichen Verkehrs wurde mit EU-Mitteln in Höhe von 3,3 Mio. EUR unterstützt, um den öffentlichen Nahverkehr in der Region zu verbessern und die Menschen in Szeged zur Wahl umweltfreundlicher Verkehrsträger zu bewegen. Es ist Teil des Plans für nachhaltige städtische Mobilität, mit dem die Stadt den Herausforderungen einer wachsenden Bevölkerung und eines entsprechenden Mobilitätsbedarfs begegnet.

In der Innenstadt und einer der dortigen Wohnsiedlungen wurden mehrere zentrale Knotenpunkte und 40 Bushaltestellen saniert. Den Einwohnerinnen und Einwohnern wurde damit ein schnelleres, effizienteres und hochwertigeres Verkehrsangebot bereitgestellt. Ein weiterer Schwerpunkt des Projekts lag auf der Sicherheit und dem Komfort für Fußgänger und Radfahrer. Dazu wurden die Landschaft, die Infrastruktur der Straßenbeleuchtung wie auch die Gehwege erneuert. In der Innenstadt wurden neue Bus- und Radfahrstreifen eingeführt, um den öffentlichen Verkehr schneller und attraktiver zu machen. Zur Verbesserung der Sicherheit und Barrierefreiheit wurden die neuen Haltestellen so gestaltet, dass sie auch für Fahrgäste mit Behinderungen geeignet sind – ebenso wie die bestehenden Haltestellen und Gehsteige.



PROJEKTKOSTEN:
3,4 Mio. EUR

EU-FÖRDERUNG:
3 MIO. EUR

(88% EFRE)

Innovative Zahntechnik rüstet sich für den globalen Markt

Mit Unterstützung eines Wagniskapitalprogramms setzt dicomLAB Dental Ltd auf innovative Technologien, um zahnärztliche Eingriffe vorhersehbarer, sicherer und schneller zu machen. Der Schwerpunkt des Unternehmens liegt auf der Entwicklung computergestützter Lösungen, die sich in die tägliche klinische Routine der Zahnärztinnen und Zahnärzte einfügen. Dabei werden intuitive Arbeitsabläufe sowie positive Anwendererfahrungen berücksichtigt.

Das Unternehmen hat es sich zur Aufgabe gemacht, den allgemeinen Zugang zu Implantaten für die prothetische Zahnmedizin zu erleichtern. Dank neuester Technologien, patientenspezifischer Eingriffsplanung und entsprechender Vorrichtungen zum 3D-Druck gewinnt die Prothetik an Sicherheit, Genauigkeit und Vorhersehbarkeit.



Seit dem Markteintritt im Jahr 2015 weitete dicomLAB seine Dienstleistungen auf 15 Länder aus. Im Jahr 2018 wurde das Unternehmen im Rahmen der Verleihung des „Startup and Innovation Award Hungary“ zum Start-up des Jahres gekürt; 2019 erhielt der Gründer und Geschäftsführer Dr. Endre Varga die Auszeichnung „Gründer des Jahres“.

Für den Aufbau einer auf künstlicher Intelligenz basierenden Online-Plattform wurden EU-Finanzmittel in Höhe von insgesamt 1,5 Mio. EUR in Form von Wagniskapital verwendet, die alle Interessengruppen aus dem Bereich der zahnärztlichen Implantologie zusammenführt. Zahnmedizinische Fachleute finden dort wirksame Lösungen und werden durch den gesamten Implantationsvorgang geleitet.

Das Unternehmen plant, dicomLAB 2.0 bis September 2020 zur Marktreife zu bringen und Zahnimplantate somit leichter zugänglich und erschwinglicher für eine breitere globale Zielgruppe zu machen. ■

https://www.dicomlab.com/SMART_Guide/

Finanzinstrumente der ESI-Fonds verdoppeln die Investitionen in Projekte

Im kürzlich veröffentlichten Jahresbericht der Europäischen Kommission werden die Daten zur Verwendung der Finanzinstrumente der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) für den Zeitraum bis Dezember 2018 zusammengefasst.

Wie aus dem diesjährigen Bericht hervorgeht, haben die Mitgliedstaaten über Darlehen, Bürgschaften und Eigenkapital erhebliche Fortschritte gemacht. Die Nutzung revolvingierender Fonds zur Projektinvestition nahm mit einer Steigerung von 85% gegenüber den Vorjahren deutlich zu.

Der Bericht spiegelt auch die Vielfalt der nationalen und regionalen Programme sowie der verschiedenen unterstützten Bereiche wider. Im Rahmen der ESI-Fonds werden revolvingierende Fonds für alle zehn thematischen Ziele unterstützt. Der größte Teil der Finanzierung wurde KMU zugeteilt (56%) gefolgt von der CO₂-armen Wirtschaft, hauptsächlich in den Bereichen der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien (15,5%), sowie Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung (15,4%).

Bis Ende 2018 beliefen sich die Gesamtbeiträge der Programme für Finanzinstrumente auf knapp 22,1 Mrd. EUR, wovon 16,9 Mrd. EUR aus den ESI-Fonds stammten. Die Mitgliedstaaten haben folglich knapp 90% der Zuweisungsrate

für Finanzinstrumente für den Programmplanungszeitraum 2020-2027 erreicht, wobei die durch revolvingierende Fonds bereitgestellte Summe gegenüber dem Programmplanungszeitraum 2007-2013 verdoppelt wurde.

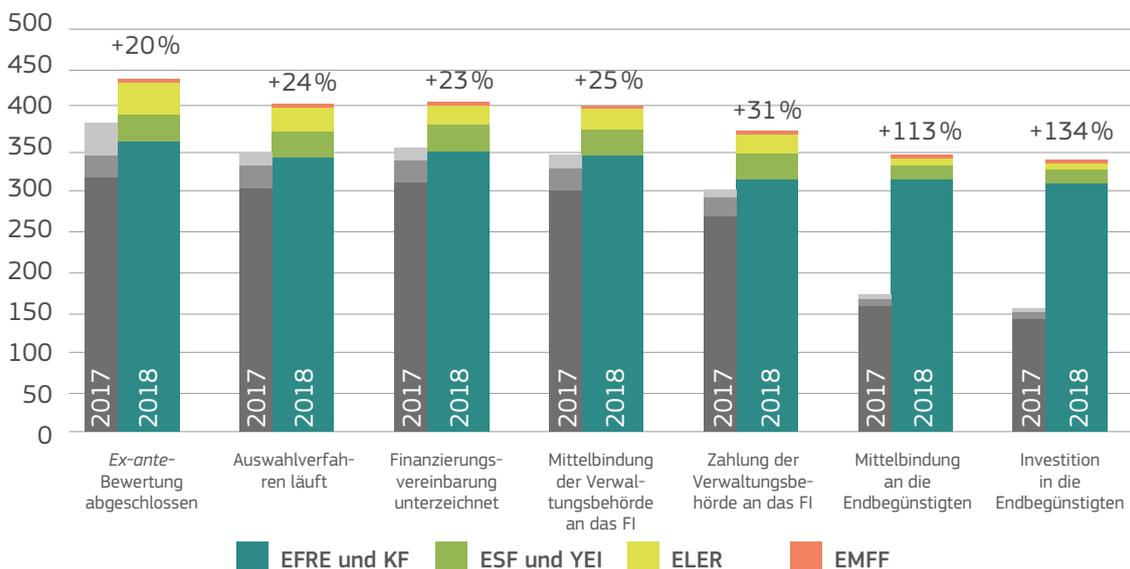
Durch revolvingierende Fonds wurden Investitionen in 100000 KMU unterstützt und der Energieverbrauch in über 25000 Haushalten verbessert. So konnten Treibhausgasemissionen in Höhe von 54000 Tonnen pro Jahr eingespart werden.

Dennoch gibt es weiterhin unausgeschöpftes Potenzial mit erheblichen Unterschieden zwischen den Mitgliedstaaten. So weisen Spanien, Lettland, Litauen, Ungarn die Niederlande, Polen, Portugal und Schweden den Finanzinstrumenten einen vergleichsweise großen Anteil der Mittel aus den ESI-Fonds zu, während nur drei Mitgliedstaaten planen, keine Finanzinstrumente einzusetzen.

Die Ergebnisse für 2018 sind auf der fi-compass-Website abrufbar. Einen ersten zusammenfassenden Überblick bot Jonathan Denness, Referatsleiter der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, auf dem FI Campus 2019 in Brüssel. ■

MEHR DAZU
<https://bit.ly/39fn6dC>

FORTSCHRITTE BEI DER EINRICHTUNG VON FI, NACH ANZAHL DER FI, STAND: ENDE 2018 UND 2017 (ESI-FONDS)



NACHRICHTEN [IN KÜRZE]

COVID-19: NEUES REAKTIONSPORTAL FÜR INDUSTRIELLE CLUSTER

Eine neue Seite auf der Europäischen Plattform für Cluster-Zusammenarbeit (ECCP) unterstützt die Bemühungen industrieller Cluster zur Bewältigung der Herausforderungen infolge der COVID-19-Epidemie in Europa. Das Portal verfolgt zwei Zielsetzungen:

- > Es soll als zentrale Anlaufstelle für verlässliche Informationen für die Industrie, insbesondere industrielle Cluster, dienen und über Maßnahmen und Entscheidungen der Europäischen Kommission und der EU-Mitgliedstaaten informieren, die sich auf das Funktionieren des Binnenmarkts auswirken.
- > Es soll ein offenes Diskussionsforum unterstützen, in dem Akteure ihre Erfahrungen, Lösungen, Anforderungen und Fragen austauschen können.

Die Kommission hat über Cluster der Europäischen Cluster-Allianz bereits mehr als 1 100 Angebote bezüglich medizinischer Ausrüstung erhalten, darunter Masken und Beatmungsgeräte. Zudem wurde ein offenes Diskussionsforum eingerichtet, um den schnellen und unkomplizierten Austausch zwischen Cluster-Akteuren zu fördern.

Anforderungen von öffentlichen Stellen können über Cluster-Organisationen innerhalb und außerhalb der EU an industrielle Akteure weitergeleitet werden. Beispielsweise veröffentlichte die italienische Region Lombardei mehrere internationale Ausschreibungen, um medizinische Ausrüstung zur Behandlung schwerkranker Patienten im Krankenhaus und Schutzkleidung für Ärzte und Gesundheitspersonal zu erwerben. ■

Öffentliche Stellen können sich an die folgende E-Mail-Adresse wenden:
covid19response@clustercollaboration.eu

MEHR DAZU

<https://www.clustercollaboration.eu/coronavirus>

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG DER EU FÜR NATIONALE, REGIONALE UND LOKALE GEMEINSCHAFTEN IM KAMPF GEGEN DAS CORONAVIRUS

Am 18. März 2020 versandten **Elisa Ferreira**, Kommissarin für Kohäsionspolitik und Reformen, und **Nicolas Schmit**, Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, gemeinsam unterzeichnete Briefe an alle EU-Mitgliedstaaten, um sie darin über das individuelle Unterstützungsangebot zu informieren, das im Rahmen der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise (CRII) bereitgestellt wurde.

Die Briefe enthielten die für das jeweilige Land verfügbaren Beträge sowie Informationen zur Art der Ausgaben, die nun durch die EU-Struktur- und Solidaritätsfonds gefördert wurden – darunter zum Beispiel Unterstützung für die Gesundheitssysteme, die Beschaffung medizinischer Ausrüstung oder die Gewährleistung des Zugangs zu gesundheitlicher Versorgung für schutzbedürftige Gruppen – sowie aktuelle Möglichkeiten der Finanzmittelmobilisierung über den **EFRE** und den **ESF**.

Darüber hinaus bieten die Dienste der Kommission den Mitgliedstaaten eine integrierte Unterstützung durch spezielle CRII-Länderteams an. Die Teams sorgen für einen guten Informationsfluss und eine rasche Entscheidungsfindung auf der rein praktischen Ebene und kennen sich mit staatlichen Beihilfen, Fragen bezüglich der Einhaltung der Haushaltsordnung und Unterstützungsmöglichkeiten durch den Europäischen Investitionsfonds aus. ■

MEHR DAZU

Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise:

<https://europa.eu/!uH33bD>

Die Kohäsionspolitik und der Solidaritätsfonds der EU leisten einen Beitrag zur Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise:

<https://europa.eu/!cq43qb>

REGIOSTARS-AWARDS 2020: DIE BEWERBUNGSFRIST LÄUFT!

Die Europäische Kommission hat den Startschuss für die 13. Ausgabe des REGIOSTARS-Wettbewerbs gegeben.

Ausgezeichnet werden die besten Projekte zur Kohäsionspolitik der EU in fünf Themenkategorien. Das Sonderthema des Jahres 2020 bezieht sich auf die Feierlichkeiten zum 30-jährigen Bestehen von Interreg, dem wegweisenden Programm zur grenzüberschreitenden Kooperation, und legt dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die „Einbeziehung junger Menschen in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit“:

- > Industrieller Wandel für ein intelligentes Europa (intelligentes Wachstum)
- > Kreislaufwirtschaft für ein grünes Europa (nachhaltiges Wachstum)
- > Bildung und Kompetenzen für ein digitales Europa (inklusives Wachstum)
- > Bürgerengagement für europäische Städte mit gemeinschaftlichem Zusammenhalt (Stadtentwicklung)
- > 30 Jahre Interreg: Einbeziehung junger Menschen in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Thema des Jahres).

Die **Online-Bewerbungsplattform** steht bis zum 17. Mai 2020 zur Verfügung. Eine unabhängige Jury aus hochrangigen Wissenschaftlern beurteilt die eingereichten Projektvorschläge und krönt die Gewinner. Die Verleihung der REGIOSTARS-Awards findet im Oktober während der Europäischen Woche der Regionen und Städte in Brüssel statt. Das Publikum kann über eine öffentliche Online-Abstimmung ebenfalls ein Lieblingsprojekt wählen. ■

MEHR DAZU

<https://regiostarsawards.eu/>





Einer für alle, alle für einen

Die Vorbereitungen für die nächsten Durchlauf der Interreg-Programme haben bereits begonnen. Diese Programme erhalten jetzt Unterstützung im Hinblick auf den neuen Rechtsrahmen. Über die harmonisierten Umsetzungsinstrumente (HIT) von Interact werden bewährte Formulare, Vorlagen und mehr bereitgestellt.

Diese Instrumente basieren auf dem kollektiven Wissen und direkten Beiträgen aus der Interreg-Gemeinschaft und werden den neuen Programme zu einem effizienten und wirksamen Start verhelfen.

Die Interreg-Kolleginnen und -Kollegen entwickelten jedes der HIT-Instrumente in einem intensiven Verfahren, um zu gewährleisten, dass ein jedes den HIT-Status verdient und als bewährtes Instrument im anstehenden Zeitraum eingesetzt werden kann. Erfahrene Akteure aus 26 Interreg-Programmen widmeten sich jedem Instrument bis ins kleinste Detail, was für ein Einzelprogramm in der Form nicht duplizierbar wäre.

HIT wurde als integriertes Paket erstmalig für den Zeitraum 2014-2020 eingeführt und bietet Programmen Zugang zu bewährten Praktiken, die von der Interreg-Gemeinschaft bestimmt werden. Die Instrumente unterstützen Programme über den gesamten Lebenszyklus der Projekte.

Für Interreg-Programme dient HIT darüber hinaus als Fundament für einen harmonisierten Ansatz in Bezug auf Verwaltung und Instrumente. Programme, die in ganz Europa durchgeführt werden, können so kollektive Herausforderungen durch gemeinsame Lösungen bewältigen. Ohne diesen harmonisierten Ansatz wäre es unter Umständen nicht möglich, die Lösung eines bestimmten Programms in einem anderen Programm zu replizieren.

Was wurde mit HIT (2014-2020) erreicht?

Das vorherige HIT-Instrumentarium wurde von 66% der Interreg-Programme eingesetzt – einige verwendeten es in Gänze mit wenigen oder keinen Anpassungen, während andere die Instrumente lediglich zur Inspiration nutzten. Programme, die mit dem spezialisierten Überwachungssystem eMS von Interact arbeiteten, mussten die Kernelemente von HIT übernehmen, da es ohne einen harmonisierten Ansatz bei den Programmverwaltungsprozessen nicht möglich wäre, ein System so aufzubauen, dass es effizient auf 38 verschiedene Programme eingeht.

Laut einer unabhängigen Folgenabschätzung, die vom European Policies Research Centre an der Universität Strathclyde in Schottland durchgeführt wurde, bot HIT den Programmen eine Reihe von Vorteilen.

Zu den offenkundigsten Auswirkungen von HIT zählte die Umstellung auf eine stärkere Nutzerorientierung, da jedes Instrument eigens darauf ausgerichtet wurde, die Effektivität der Programmverwaltung zu verbessern und dabei auch die bürokratische Last für Antragstellende und Begünstigte zu verringern. Dies wurde nicht nur in den Instrumenten selbst sichtbar, sondern bewog auch viele Programme dazu, ihre Programmverwaltung auf der Grundlage der endgültigen Version des Instrumentariums anzupassen.

Insgesamt berichteten 80% der Programme, dass sie dank HIT Personalressourcen sparen konnten. Für Programme, die im Zeitraum 2014-2020 erstmals ins Leben gerufen wurden oder spät begannen, stellte HIT fertige Instrumente bereit, die rasch implementiert werden konnten.

„Wenn unsere Kooperationsprojekte Ergebnisse mit nachhaltiger Wirkung liefern sollen, benötigen wir Instrumente wie HIT. So können wir einen gemeinsamen Rahmen schaffen, der für die reibungslose Umsetzung der Projekte entscheidend ist und sie dabei unterstützt, ihre Ziele zu erreichen.“

Monika Schönerklee-Grasser, Interreg Mitteleuropa



Der gesamte HIT-Prozess stieß zudem innerhalb von Interreg eine Diskussion darüber an, welche Mindestanforderungen erfüllt werden müssen, um die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften sowie die Praktiken einer guten Programmverwaltung zu gewährleisten. HIT förderte außerdem die Auseinandersetzung mit der Frage, welche Daten für die Bewertung, Überwachung und Steuerung von Projekten nötig sind. Die Programme konnten sich so stärker auf das konzentrieren, was für sie am besten funktioniert.

Wo liegen die Herausforderungen für den bevorstehenden Zeitraum?

Die erste Herausforderung bei der Entwicklung von HIT für den nächsten Zeitraum bleibt dieselbe wie zuvor. Unerlässlich ist zunächst ein gemeinsames Verständnis bezüglich dessen, was die einzelnen Instrumente sind und was sie leisten müssen. Ohne ein gemeinsames Verständnis über den Zweck jedes einzelnen Instruments, seine Kernelemente und seinen Wert für die Interreg-Programme, ist es unmöglich, eine geeignete Unterstützung zu erarbeiten.

Die Erreichung eines solchen gemeinsamen Verständnisses ist nicht nur intern für die Interreg-Gemeinschaft relevant, sondern auch für die Begünstigten. Interreg-Programme mit

„Grenzüberschreitende Kooperationsprojekte erfordern eine größere Anstrengung, um zu einem gegenseitigen Verständnis zu kommen. Durch die Verwendung harmonisierter Dokumente können wir mit denselben Worten sprechen und dieselbe Bedeutung vermitteln. HIT hat uns darin bestärkt, dass Vereinfachung manchmal wirklich funktioniert.“

Dr. Csaba Horváth, Interreg Österreich-Ungarn

verschiedenen Interpretationen können Antragstellende und Begünstigte, die sich mit mehreren Programmen befassen, verwirren und sie unmittelbar mit dieser fehlenden Harmonisierung konfrontieren.

Nichtsdestotrotz befindet sich HIT in einer weitaus stärkeren Anfangsposition und ist für bekannte wie auch neue Herausforderungen besser gerüstet. Die Programme haben erkannt,

„Bei HIT tauschen die Fachleute aus den Interreg-Projekten ihr Wissen aus, wenn sie die künftigen Instrumente für die Implementierung gestalten. Sie streben dabei nach Qualität und Vereinfachung. Durch den Einsatz derselben Instrumente in ganz Europa machen wir allen, die mit uns arbeiten, das Leben leichter.“

Ioana Mantog, Interreg V-A Rumänien-Bulgarien

welchen Nutzen sie aus den Möglichkeiten von HIT ziehen können – als fertiges Produkt oder als Ausgangspunkt für angepasste Versionen der Instrumente. Die Frage der Nutzung ist zweifelsohne geklärt, doch es wartet schon die nächste große Herausforderung. Dabei geht es darum, den Programmen zu helfen, nur nützliche Anpassungen vorzunehmen.

„Wie weitreichend ein einzelnes Instrument angepasst werden kann, bevor es aufhört, ein harmonisiertes Instrument zu sein, ist eine der Hauptfragen, der wir auf den Grund gehen wollen“, erläutert Polona Frumen von Interact, die den HIT-Prozess leitet. „Programme müssen die Instrumente möglicherweise anpassen, um nationalen Vorschriften gerecht zu werden, doch wenn Elemente hinzugefügt werden, verringert das häufig die Wirksamkeit. Für den bevorstehenden Zeitraum ist eine bessere Anleitung nötig: zur Anpassung der Instrumente, aber auch zum Widerspruch, wenn unnötige Dinge vorgeschlagen werden.“

Bemühungen zur Harmonisierung der Programmverwaltung führen unweigerlich zu Spannungen, besonders wenn Programme eine starke Bindung an ihre Arbeitsweisen haben, die sich oftmals als erfolgreich erwiesen haben. Kompromisse und ein offenes Ohr für die Vorteile, die sich andere zunutze gemacht haben, sind wichtige Faktoren bei der Suche nach der besten Lösung, die für alle Programme funktioniert.“

„Eine der häufigsten Beschwerden unserer Begünstigten richtet sich darauf, dass die Programme bislang unterschiedliche Regeln festlegten; Fehler und Verwirrung waren die Folge. HIT trägt also unmittelbar den Anforderungen unserer Begünstigten Rechnung.“

Merike Niitepöld, Programm des mittleren Ostseeraums

Das erste HIT-Produkt ist unterwegs!

Diese Spannung lässt sich an der Erarbeitung des ersten HIT-Produkts, des Antragsformulars, gut veranschaulichen.

„Die Programme sind oft versucht, zusätzliche Fragen in das Antragsformular aufzunehmen. Wenn diese Fragen aber weder die Projektauswahl verbessern noch später eine effiziente Überwachung ermöglichen, stellen sie wahrscheinlich eine zusätzliche Belastung dar – für die Antragstellenden beim Ausfüllen und für die Programme bei der Zusammenstellung“, fügt Polona Frumen hinzu.

Große transnationale Programme mit umfassenderen Ressourcen sind möglicherweise eher in der Lage, für eine kleine Verbesserung im Projektmanagement etwas mehr Komplexität in Kauf zu nehmen, doch für ein kleineres grenzüberschreitendes Programm bedeutet ein geringer Zuwachs beim Arbeitsaufwand eine erhebliche Herausforderung.

Das HIT-Antragsformular bildet darüber hinaus die Grundlage für das künftige Überwachungssystem von Interact, in Zusammenarbeit mit anderen Systemen dieser Art, die von den Interreg-Programmen im nächsten Zeitraum eingesetzt werden. ■

SIE MÖCHTEN SICH DURCH HIT UNTERSTÜTZEN LASSEN, WISSEN ABER NICHT WIE?

Interact kann Ihnen helfen. Wir organisieren zusammen mit Ihnen gemeinsame Beratungsgespräche, in denen die Verwendung von HIT ausführlicher erläutert wird. Sie erhalten Antworten auf Ihre Fragen und erfahren, wie Sie die Instrumente bei ihrer täglichen Arbeit einsetzen.

Eine HIT-Roadshow wird an so vielen Orten wie möglich Halt machen und gemeinsame Sitzungen anbieten.

Kontaktieren Sie das HIT-Team für weitere Informationen:

<http://www.interact-eu.net/contact>

MEHR DAZU
Interact-eu.net

#EUdatathon 2020: Innovation für Europa durch offene EU-Daten

Die vierte Ausgabe des EU-Datathon, des Wettbewerbs zum Thema offene Daten, ging am 19. Februar an den Start. Hier können Sie das Potenzial offener Daten in der heutigen Gesellschaft aufzeigen und dabei Ihre Kreativität und Ihr Talent unter Beweis stellen!

Der Wettbewerb ist außerdem eine Gelegenheit, sich einen Teil des Preisgelds von insgesamt 100 000 EUR zu sichern. Teilnehmende sind aufgefordert, einen Vorschlag für die Entwicklung einer App einzureichen, die offene Datensätze verbindet und nutzt. Mindestens einer davon muss aus dem Tausende Datensätze umfassenden Bestand stammen, den die Organe, Einrichtungen und Agenturen der EU zur Verfügung stellen. Einzelheiten finden Sie hier in den Wettbewerbsregeln: <https://op.europa.eu/en/web/eudatathon/2020-rules>

Ihr Wettbewerbsbeitrag sollte Möglichkeiten für konkrete Geschäftsmodelle oder Sozialunternehmen präsentieren. Er muss geeignete neue Ansätze und Lösungen identifizieren, die Europa darin unterstützen, dass es einige der wichtigen, von der Europäischen Kommission im Zusammenhang mit der Nutzung von offenen Daten festgelegten Ziele erreicht. Ihr Vorschlag sollte sich mit einem der folgenden Themenschwerpunkte befassen:

- › Schwerpunkt 1: Ein europäischer „Grüner Deal“
- › Schwerpunkt 2: Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen
- › Schwerpunkt 3: Neuer Schwung für die Demokratie in Europa

› Schwerpunkt 4: Ein Europa für das digitale Zeitalter

Ihr Vorschlag einschließlich einer Kurzzusammenfassung muss bis zum **3. Mai 2020** auf der EU-Datathon-Website eingereicht werden.

Zwölf Siegerteams (d. h. drei Teams pro Schwerpunkt) kommen in die engere Auswahl. Wenn Sie es bis dahin geschafft haben, werden Sie aufgefordert, Ihre Anwendung zu entwickeln und vom 13. bis 15. Oktober auf der **18. Europäischen Woche der Regionen und Städte in Brüssel** vorzustellen – einer Veranstaltung mit über 9 000 Teilnehmenden.

Dort wird auch die endgültige Reihenfolge der Siegerteams für jeden Schwerpunkt entschieden. Den Teams werden die folgenden Preise (pro Schwerpunkt) überreicht: erster Platz: 12 000 EUR; zweiter Platz: 8 000 EUR; dritter Platz: 5 000 EUR.

Der EU-Datathon 2020 wird vom Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, organisiert. ■

MEHR DAZU

<https://op.europa.eu/en/web/eudatathon>

@EU_opendata

@euinmyregion

#EUdatathon

#ideas4EU



MIT EIGENEN WORTEN

PANORAMA
freut sich auf Ihre
Beiträge!

„Mit eigenen Worten“ ist der Abschnitt in *Panorama*, in dem Akteure auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene ihre Erfolge für den Zeitraum 2014-2020 darlegen und ihre Ansichten zu den laufenden und entscheidenden Diskussionen über die

Kohäsionspolitik nach 2020 teilen. *Panorama* freut sich auf Ihre Beiträge in Ihrer Sprache, die eventuell in künftigen Ausgaben erscheinen werden. Bitte kontaktieren Sie uns unter regio-panorama@ec.europa.eu für weitere Informationen zu Richtlinien und Fristen.

Zusammenarbeit im Ostseeraum zur Stärkung der Kohäsionspolitik

In den letzten Jahren stellte die weltpolitische Lage eine Herausforderung für die Ziele der Kohäsionspolitik dar. Auch am Ostseeraum ging diese Krise nicht spurlos vorbei.

Die EU-Strategie für den Ostseeraum (EUSBSR) ist ein multifunktionales Instrument der Kohäsionspolitik. Trotz der Instabilität in der Region gelang es den Ländern, die Entwicklung zu fördern, Umweltprobleme zu lösen und einer Kultur des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen den Menschen Vorschub zu leisten.

Das Centrum Balticum ist eine Stiftung, die sich für die Kooperation im Ostseeraum engagiert und seit 2013 zugunsten der Strategie arbeitet. In den Verantwortungsbereich der Stiftung fallen Kommunikationsaufgaben sowie der Aufbau der Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern. Sie leitet die Kommunikationsstelle der EUSBSR, erarbeitet Kommunikationsinhalte für die Strategie und setzt sich dafür ein, dass die damit verbundenen Ziele erreicht werden. Darüber hinaus arbeitet die Stiftung im Rahmen der Strategie mit Nachbarn zusammen, wodurch sie neue Partner für die Entwicklung des Ostseeraums gewinnen konnte.

Das Centrum Balticum ist stolz darauf, zu diesem Netzwerk zu gehören, Menschen zusammenzubringen, ihr gegenseitiges Verständnis zu fördern und

somit einen Beitrag zu den Zielen der EU-Kohäsionspolitik zu leisten.

Regionale Auswirkungen kommunizieren

Die Stiftung nimmt auch mit ihren Projekten Einfluss auf die Umsetzung der kohäsionspolitischen Ziele. In der kürzlich zu Ende geführten Kommunikationskampagne „Kohäsion durch EUSBSR“ hob sie die positiven Auswirkungen dieser Politik auf die Makroregion des Ostseeraums hervor. Die Kampagne, die auf die sozialen Medien ausgerichtet war, konzentrierte sich auf EU-finanzierte Projekte und stellte die Menschen vor, die an diesen Projekten mitarbeiteten und bestimmte Vorteile aus den Ergebnissen ziehen konnten. Durch die Beteiligung verschiedener Akteure auf breiter Ebene konnte die Kampagne die Auswirkungen der EU-Politik aufzeigen und Diskussionen anstoßen. Sie kommunizierte über die Kohäsionspolitik und erstellte allgemein verfügbare Kommunikationsmaterialien, in denen die Vorteile der Kohäsionspolitik geschildert werden. Dies ermöglichte, auch nach Abschluss der Kampagne weiter über die Kohäsionspolitik zu kommunizieren.

Das Centrum Balticum erhielt außerdem die Gelegenheit, am Projekt ECOPRODIGI, einem Vorhaben aus dem Bereich der sauberen Schifffahrt, teilzunehmen. Das Projekt strebt an, mittels Digitalisierung den ökologisch nachhaltigen Seeverkehr in der Ostsee zu fördern. Damit trägt das



Professor Kari Liuhto
*Direktor Stiftung
Centrum Balticum*

Projekt auch zur Erfüllung der EU-Klimaziele sowie der Programmvorgaben des Grünen Deals bei. Die im Rahmen von ECOPRODIGI erprobten Pilotlösungen zeigten, dass mithilfe der Digitalisierung Einsparungen beim Brennstoff- und Materialverbrauch möglich sind, Emissionen gesenkt werden können und sich die Ressourcennutzung effizienter gestalten lässt. Die Ergebnisse werden ausführlicher in einem Seminar vorgestellt, das im Mai in Brüssel stattfindet.

Die EU-Strategie für den Ostseeraum setzt die Kohäsionspolitik unter Berücksichtigung regionaler Merkmale um, während das Centrum Balticum als agiler Akteur auch in Zukunft die Zusammenarbeit und die wegweisenden Aktivitäten im Ostseeraum unterstützen will. Wir würden uns freuen, Mitte Juni möglichst viele Besucher in Turku begrüßen zu können. In der ganzen Stadt sind Veranstaltungen zum Thema Ostsee geplant. ■

MEHR DAZU

<http://www.centrumbalticum.org/en>

PROJEKTE

DIE AMBITIONIERTE UMWANDLUNG EINER POSTINDUSTRIELLEN LANDSCHAFT

Die in der östlichen Hälfte der Tschechischen Republik gelegene Region Mähren-Schlesien trug im Laufe der Jahre deutliche Narben durch den Steinkohlebergbau davon. Nun stehen jedoch die Rekultivierung der erschöpften Gebiete und die erfolgreiche Räumung der letzten Überbleibsel des Bergbaus verstärkt im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Das Augenmerk liegt aktuell auf der Region Karvina, einer von der Schwerindustrie besonders in Mitleidenschaft gezogenen Gegend. Das Konzept „Bergbaufolgelandschaft in der Region Karvina (POHO2030)“, das derzeit durch die regionale Agentur Moravskoslezské Investice a Development, a.s. (MSID) umgesetzt wird, gilt als Hoffnungsträger für die Wiederherstellung der Region.

Die Initiative entwickelte sich schrittweise zu einem unabhängigen regionalen Programm mit dem Titel POHO2030, an dem zahlreiche Personen und Organisationen beteiligt sind. Sie alle verfolgen die gemeinsame Vision, die Bergbaufolgelandschaft in der Region Karvina in eine gedeihende, lebendige und nachhaltige Umgebung zu verwandeln: eine Region, die den Menschen Möglichkeiten der aktiven Erholung bietet; die im Bereich der intelligenten Lösungen stark ist und Innovatoren und kreative Köpfe aus der ganzen Welt anzieht; die in neue Energien investiert und nicht energieintensive, kohlefreie Technologien und erneuerbare Rohstoffe einsetzt.

POHO2030 ging aus dem „Konzept der Bergbaufolgelandschaft der Region Karvina bis zum Jahr 2030“ hervor, im Rahmen dessen die Region aus der Perspektive verschiedener Sachverständiger untersucht wurde. Auf der Grundlage dieser Untersuchungen wurden zehn regionale Entwicklungsprogramme vorgeschlagen, die unter anderem Beispiele erfolgreicher Landschaftsumgestaltung aus der Tschechischen Republik und dem Ausland umfassten.

Das Konzept wurde zwischen 2018 und Juli 2019 ausgearbeitet und schloss mit einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit und regionale Entwicklung. Beim offiziellen Start des Projekts im Kohlebergwerk Gabriela wurde die Vereinbarung von 36 Interessenvertretern unterzeichnet, darunter Vertreter der Region Mähren-Schlesien sowie Repräsentanten von Unternehmen, Universitäten, Interessengruppen, regionalen Einrichtungen und lokalen Behörden.

Ehrgeizige Veränderungen in mehreren Phasen

Während der ersten Phase, die bis 2021 andauern wird, besteht das Hauptziel des Projekts in der Einleitung von Veränderungen und dem damit verbundenen Aufbau neuer Foren der Zusammenarbeit und Formen der Organisation, um die Vision zu konsolidieren, Informationen zu verbreiten und die Attraktivität der Region zu fördern.

Zur Koordination der Aufgaben wird eine offizielle Plattform eingerichtet. Darüber hinaus erfolgt eine Marketingkampagne zur Verbesserung des öffentlichen Bildes und der Zugänglichkeit der Region.

Während der zweiten Phase (2022-2026) werden die Pilotvorhaben und strategischen Projekte vollständig umgesetzt, um die Zugänglichkeit der Region im Einklang mit der Anpassung an den Klimawandel voranzutreiben. Ziel ist die Gewinnung von privaten Ressourcen und Investitionen für die Region sowie von Finanzierungsmöglichkeiten aus mehreren Quellen im öffentlichen und privaten Sektor.

Das Projekt endet mit der dritten Phase (2027-2030), in der seine Vision vollendet wird und die Projekte zum Abschluss kommen, die zur Umwandlung einer Bergbaufolgelandschaft in eine gedeihende, lebendige und nachhaltige Region beigetragen haben.

Große Gebiete sollen einer Wiederbelebung, Umstellung oder Umnutzung unterzogen werden, damit nachhaltige neue Stadtviertel, intelligente Industrieparks, Fremdenverkehrszentren, Technologieparks, kreative Zentren, Galerien, Bereiche für Ausstellungen und Vorträge und vieles mehr entstehen. Dies ist ein äußerst ambitioniertes Programm für die Region Mähren-Schlesien und das ganze Land. ■

MEHR DAZU

<http://www.poho2030.com/>
Facebook POHO2030

EIN GRENZÜBERSCHREITENDES PROJEKT VERBESSERT DIE PALLIATIVE VERSORGUNG

**GESAMTINVESTITION
921 708 EUR**

**BEITRAG DER EU
783 454 EUR**

Dank dem grenzüberschreitenden Projekt Take Care! erhalten Menschen in ländlichen Gebieten rund um die serbisch-kroatische Grenze jetzt bessere Pflege am Ende ihres Lebens. Das Projekt wird vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanziert.

Für Hunderte schutzdürftige Menschen in zwei benachbarten ländlichen Gebieten, dem Kreis Vukovar-Srijem in Kroatien und dem Bezirk Srem in Serbien, verbesserte Take Care! den Zugang zur Palliativpflege und das diesbezügliche Versorgungsniveau.

Wie viele ländliche Gemeinden zeichnen sich diese Gebiete durch eine alternde Bevölkerung, eine schlechte Infrastruktur und eine ungleiche Verteilung von Ressourcen aus. Junge Menschen wandern ab, um ihre Chance anderswo zu suchen. Infolgedessen besteht eine unzureichende Versorgung mit Gesundheits- und Sozialdiensten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung sowie diejenigen, die an einer unheilbaren Krankheit leiden.

Die Palliativpflege ist unverzichtbar für solche Menschen, damit sie die letzten Phasen ihres Lebens auf komfortable und würdige Weise verbringen können. Diese Pflege war zwar vorhanden, jedoch ließen sich ihre Qualität wie auch die Ausbildung des Personals in der gesamten Grenzregion noch verbessern.

Innerhalb von 20 Monaten entstanden dank Take Care! sieben mobile Unterstützungsteams für die palliative Versorgung in Kroatien, eine neue Palliativstation in Serbien und ein Fachlehrgang für Beschäftigte in der Gesundheitspflege und der Sozialarbeit.

Austausch von Fachwissen

Das Projekt wurde von fünf lokalen Organisationen, die in den beiden Regionen eng mit Palliativpatienten arbeiteten, ins Leben gerufen. Dazu zählten in Kroatien der Verband von Menschen mit Behinderung Bubamara und das Pflegeheim Ilok sowie in Serbien das allgemeine Krankenhaus von Sremska

Mitrovica, die Agentur für regionale Entwicklung in Srem und die humanitäre Wohltätigkeitsorganisation Caritas in Sremska Mitrovica. Anregungen von lokalen Palliativpatienten und deren Familien halfen den Partnern dabei, Prioritäten zu setzen.

Dank des gegenseitigen Wissensaustauschs fahren nun sieben fachübergreifende Teams mit speziellen Kleinbussen durch den Kreis Vukovar-Srijem, um palliative Pflege zu leisten. Das allgemeine Krankenhaus Sremska Mitrovica verfügt über eine neue Station, die eigens für die Versorgung unheilbar kranker Patienten eingerichtet wurde.

Darüber hinaus erstellte Take Care! in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Medizin der Universität Zagreb einen Lehrgang für 40 Beschäftigte in der Gesundheitspflege und der Sozialarbeit. Sie lernten in dem Lehrgang, wie sie auf medizinische, psychiatrische und psychologische Bedürfnisse eingehen und ihre Kollegen unterstützen können und gleichzeitig ein Netzwerk schaffen, um sich über bewährte Praktiken auf dem Laufenden zu halten.

Ein stärkeres Fundament

Durch die erhöhte Kapazität konnten allein während der Projektlaufzeit 968 Patienten von den neuen Teams versorgt werden, und weitere Verbesserungen sind geplant. Die Partner und mitwirkenden Organisationen von Take Care! arbeiten enger denn je zusammen und haben Strategien für verbesserte Dienste erstellt.

Das Projekt hat die öffentliche Aufmerksamkeit für die Bedeutung einer guten Lebensqualität für schutzbedürftige Gruppen erhöht und das Bewusstsein einer gemeinsamen Identität in der Region gestärkt. ■

MEHR DAZU

<https://www.takecare-palliative.com>



PROJEKTE

VIRTUELLES FORSCHUNGSNETZWERK FÜR EINE INTELLIGENTERE INDUSTRIE

GESAMTINVESTITION
1 679 129 EUR

BEITRAG DER EU
1 595 173 EUR

Das vom Europäischen Entwicklungsfonds finanzierte Projekt SmartIC verbindet 27 Zentren in Estland, die Forschung zum Thema „Industrie 4.0 – Technologie für die digitale Fertigung“ betreiben. In diesem virtuellen Labor werden Innovationen für die europäische Industrie der nächsten Generation gefördert.

Das Projekt Core Smart Industry Center (SmartIC) wurde 2017 ins Leben gerufen, damit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Estland Infrastrukturen miteinander teilen und die Forschung im Bereich der intelligenten Fertigung besser koordinieren konnten. Industrien in ganz Europa sollen beim Übergang zu einer höherqualifizierten und technisch anspruchsvolleren Fertigung unterstützt werden, um ihre Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Die wichtigsten Anwendungsbereiche umfassen die Qualitätskontrolle von Prototypen, selbstfahrende Industriefahrzeuge, die Industrierobotik, virtuelle und erweiterte Realität für die Fertigung, nachhaltige Energienutzung und eine verbesserte Wartung und Produktion.

Zwei Hochschulen, 25 Forschungslabore und rund 70 Forschende sind über das virtuelle Forschungsnetzwerk von SmartIC miteinander verbunden. Die gesamte Koordination zwischen den Teilnehmenden findet online statt, sodass es keinen Bedarf an kostspieligen Büro- oder Verwaltungsräumen gibt.

Durch die vereinten Fähigkeiten steigert sich Estlands Forschungs- und Entwicklungskapazität auf dem Gebiet der intelligenten Fertigung. Hochschulen finden zudem leichter Partnerunternehmen, um die Technologie für die Wirtschaft der Zukunft zu entwickeln.

Vernetzte Evolution

Die Technische Universität Tallinn (TalTech) und die Universität für Biowissenschaften (ULS) in Tartu, Estland, bilden das Rückgrat von SmartIC.

Dank Unterstützung durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung konnten die Forschenden an der TalTech einen Prototypen eines 3D-Drucklabors für Metall und Verbundstoffe entwickeln. Es verfügt über eine Laserschmelzmaschine mit patentierter Technologie für schnelleres Drucken. An der ULS wurde ein neues Computertomographie-Labor eingerichtet. Zur Ausstattung gehört ein moderner hochentwickelter 3D-Scanner mit hoher Auflösung, der Querschnittsbilder von Objekten herstellt.

Für Hersteller, die ihre Produkte verbessern möchten, oder Entwickler, die neue Objekte schaffen, kann sich diese Kombination als sehr nützlich erweisen.

Die Labore arbeiteten beispielsweise bei der Fertigung von Bienen aus Metall zusammen, die für ein Denkmal für die Opfer des Kommunismus in Estland bestimmt waren. Das Labor an der ULS scannte eine Hummel aus dem Estnischen Naturkundemuseum ein und bearbeitete die Scans digital, um Bienen verschiedener Größen zu erhalten. Im Labor der TalTech wurden anschließend 20 000 Bienen aus rostfreiem Stahl mittels Metallpulver gedruckt.

Der Prozess war unkompliziert, da TalTech, ULS und weitere Labore alles aus der Ferne erledigen konnten, einschließlich der Bedienung der Geräte, der Gestaltung der Produkte und der Durchführung von Tests. Allein im Jahr 2018 schloss das virtuelle Zentrum über 100 FuE-Projekte im Bereich der industriellen Digitalisierung ab – ein klarer Beleg dafür, was sich durch eine effektive Zusammenarbeit erreichen lässt. ■

MEHR DAZU

<http://smartic.ee>

FÖRDERUNG FÜR EIN EMISSIONS- ARMES VERKEHRSNETZWERK IN KARLSRUHE, DEUTSCHLAND

**GESAMTINVESTITION
7 221 576 EUR**

**BEITRAG DER EU
3 529 423 EUR**

Das Projekt regiomove entwickelt mit Unterstützung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ein integriertes Mobilitätsnetzwerk in Karlsruhe. Bei dieser einfach zugänglichen Alternative zum eigenen Fahrzeug können die Benutzerinnen und Benutzer nahtlos zwischen den verschiedenen Arten des CO₂-armen Transports wechseln.

Anbieter öffentlicher und gemeinschaftlich genutzter Verkehrsmittel sind über ein Netzwerk verbunden, das den Stadtbereich von Karlsruhe sowie umliegende Städte und Dörfer umfasst. Bei diesem System lässt sich das Fahrtziel mit dem Bus, dem Zug, per Fahrgemeinschaft oder Leihfahrrad oder mit einer Kombination davon erreichen.

Regiomove erleichtert die Planung und Bezahlung von Fahrten mit öffentlichen und gemeinschaftlich genutzten Verkehrsmitteln und trägt dazu bei, die CO₂-Emissionen zu senken. Da die Stadt und der Großraum zum selben Verkehrsnetz gehören, wird auch die Mobilität für ländliche Gemeinden verbessert.

Linien des öffentlichen Verkehrssystems stellen die wichtigste Versorgung bereit. Private Verkehrsunternehmen bieten zusätzliche Verbindungen unter ihrem eigenen Markenlogo. Den Unternehmen gewährt dies Unabhängigkeit innerhalb des Systems, gleichzeitig gewinnen sie über das Netzwerk Zugang zu neuen Fahrgästen.

Konten oder Abonnements bei den unterschiedlichen Anbietern sind nicht erforderlich. Eine regiomove-App deckt das gesamte Netzwerk ab.

Die App vereinfacht die Fahrtenplanung. Man meldet sich dazu auf dem Smartphone oder dem PC an, gibt einen Start- und einen Zielpunkt ein und wählt die bevorzugte Strecke. Anschließend bucht man die Fahrt und geht zur Kasse. Man bezahlt für die gesamte Fahrt nur einmal, egal wie viele verschiedene Unternehmen die einzelnen Teilstrecken der Fahrt betreiben.

Flexible Wahl

Es gibt bereits rund 20 Bus- und Bahnunternehmen, die im Großraum der Stadt Karlsruhe den öffentlichen Verkehr bedienen.

Neue Dienstleister können jederzeit an das regiomove-Netzwerk angeschlossen werden, ebenso wie Angebote für Leihräder oder Leihfahrzeuge, die das Mobilitätsspektrum zusätzlich erweitern.

Um das Netzwerk flexibler zu gestalten, sollen Mobilitäts-Knotenpunkte – sogenannte „regiomove Ports“ – den Reisenden mehrere Verkehrsmittel an einem Ort anbieten, beispielsweise eine Bushaltestelle, einen Fahrradständer und Leihfahrzeuge. Bis 2012 Ziel sollen im Rahmen des Projekts sieben solche Knotenpunkte im gesamten Großraum Karlsruhe eingerichtet werden. Dabei werden Städte wie auch kleinere Gemeinde berücksichtigt, um die Anbindung in der ganzen Region auf das bestmögliche Niveau zu bringen.

Die Verkehrsdienste bleiben gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern sowie den lokalen Unternehmen rechen-schaftspflichtig. Da die Plattform von der öffentlichen Karlsruher Verkehrsbehörde betrieben wird, haben sie ein Mitspracherecht und können ihre Bedürfnisse an das Verkehrssystem einbringen.

Das Netzwerk wird den nachhaltigen Verkehr zu einer realistischeren Option machen; durch die Abkehr vom eigenen Fahrzeug werden sich Staus wie auch die Luftverschmutzung in den Städten verringern. Bessere Verbindungen ins Stadtgebiet werden zudem die Beschäftigungs- und Freizeitmöglichkeiten für Menschen in den ländlichen Gemeinden verbessern, insbesondere für diejenige, die nicht selbst fahren können oder keinen Zugang zu einem Auto haben.

Vor allem aber wird Karlsruhe durch die Verfügbarkeit von CO₂-armen Verkehrsmitteln darin unterstützt, sich zu einer klimafreundlicheren Region zu entwickeln. ■

MEHR DAZU

<https://www.regiomove.de/>

TERMINE

12.-15. OKTOBER

Brüssel (BE)

18. Europäische Woche der Regionen und Städte

RECHTLICHER HINWEIS

Weder die Europäische Kommission noch eine im Namen der Europäischen Kommission handelnde Person übernehmen Haftung für die Verwendung der nachfolgenden Informationen.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2020

Druck: ISSN 1608-3881 KN-LR-20-001-DE-C
PDF: ISSN 1725-8294 KN-LR-20-001-DE-N

Weiterverwendung mit Quellenangabe gestattet.

Die Weiterverwendungspolitik der Dokumente der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt.

Für die Benutzung oder den Nachdruck von Fotos oder sonstigen Materialien, die nicht dem Urheberrecht der Europäischen Union unterliegen, muss eine Genehmigung direkt bei den Inhabern des Urheberrechts eingeholt werden.

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in bulgarischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, italienischer, polnischer, rumänischer und spanischer Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 22 Sprachen abrufbar unter: http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/publications/panorama-magazine/

Diese Ausgabe wurde im April 2020 fertiggestellt.

© Europäische Union, 2020

Printed by Bietlot in Belgium

FOTOS (SEITEN):

Titelbild: © ELI-HU Non-Profit Ltd;

Seite 3: © Europäische Union;

Seite 4: © Europäische Union;

Seite 5: © Europäische Union;

Seite 6: © iStock/homydesign;

Seite 7: © iStock/ Kbarzycki;

Seite 8: Links © Family Park; Centre © Baptiste Almodovar;

Rechts © Άγγελος Σακκάς;

Seite 9: © Europäische Union;

Seite 13: © iStock/ scyther5;

Seite 14: © Pole pédiatrique de Cerdagne, ALEFPA/Marion Cordier, Thierry Calvat;

Seite 15: © Zastrzezone/Adam Wolosz;

Seite 16: © iStock/gui00878

Seite 19: © EEN;

Seite 20: © Verwaltungsbehörde, OP Verkehrsinfrastruktur, Umwelt und nachhaltige Entwicklung;

Seite 23: © iStock/scyther5;

Seite 24: © iStock/courtneyk;

Seite 25: © iStock/gorodenkoff;

Seite 26: © Iskra Tsankova;

Seite 27: © Europäische Union;

Seite 28: © iStock/Andrey Danilovich;

Seite 29: © iStock/gorodenkoff;

Seite 30: © Ministerium für Innovation und Technologie, Ungarn;

Seite 32: oben © ELI-HU Non-profit Ltd;

unten © Direktorat Wasserwirtschaft der Region Mittelungarn-Theiß;

Seite 34: oben © KITE Agricultural Service and Trade Corp;

unten © Kreatív Tanácsadó Központ Kft;

Seite 35: oben © Kreatív Tanácsadó Központ Kft;

unten © DicomLAB Dental Kft;

Seite 38: © iStock/Varijanta;

Seite 39: © Interact;

Seite 42: © The Centrum Balticum Foundation;

Seite 43: © Poho2030;

Seite 44: © iStock/MartinPrescott;

Seite 45: © TalTech 2019;

Seite 46: © iStock/Daniel Kloe.

BLEIBEN SIE IN VERBINDUNG



ec.europa.eu/regional_policy
cohesiondata.ec.europa.eu



@EUinmyRegion



EUinmyRegion



[flickr.com/euregional](https://www.flickr.com/euregional)



EUinmyRegion



[euinmyregion](https://www.instagram.com/euinmyregion)



ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/ferreira_en
[@ElisaFerreiraEC](https://www.instagram.com/ElisaFerreiraEC)



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union

Europäische Kommission
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
Kommunikation – Agnès Monfret
Avenue de Beaulieu/Beaulieulaan 1 – B-1160 Bruxelles/Brussel
E-Mail: regio-panorama@ec.europa.eu